

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellschein 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,80 Mark.

Stuttgart den 5. August 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Maria Jettin (Sundel), Wiltbergstraße, Post-Begeerich bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag. — Aufruf der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Zur Einwanderungsfrage. Von Luise Jech. — Eine sozialistische Enquete über die sofortige Einführung des Frauenwahlrechts. (Fortf.) — Umsturz und Revolution. V. Von J. B. — „Der Verbandstag der Konsumvereine — ein Schritt rückwärts!“ I. Von Helma Steinbach. II. Zur Erweiterung. Von W. D. — Zur Dienstbotenfrage. Von Ida Hänny-Lur. — Berichtigung.

Aus der Bewegung: Weibliche Delegierte zum Internationalen Sozialistenkongress und zur Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen des Kreises Teltow-Beslow-Storkow-Charlottenburg. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem Reiche der rheinischen Textilindustrie. Von W. K. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.

Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Soziale Gesetzgebung. Heuilleton: Es ist ein Blutstrom ausgegossen. Von Leon Holly. (Gebicht.) — Trine. Von Otto Krille. — Bergpsalm. Von E. zu Schönaich-Carolath. — Das Zwischenspiel. Von A. R.

Parteigenossen!

Laut Beschluss des letzten Parteitags findet der diesjährige in **Essen a. d. Ruhr** statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag den 15. September,
abends 7 Uhr,

nach Essen in das Lokal des Herrn Maas, Rütten-scheid-Essen, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag den 15. September, abends 7 Uhr:
Vorversammlung. Konstituierung des Parteitags. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag den 16. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes:
 - a. Allgemeines. Berichterstatter: F. Ebert.
 - b. Kasse und Presse. Berichterstatter: A. Gerisch.
 - c. Parteischule und Bildungsausschuss. Berichterstatter: D. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Sädekum.
4. Bericht vom Internationalen Kongress. Berichterstatter: P. Singer.
5. Mäusfeier. Berichterstatter: A. Fischer.
6. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage. Berichterstatter: A. Sebel.
7. Die Alkoholfrage. Berichterstatter: E. Wurm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am **19. August** im Besitze des Vorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstr. 69, sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14 Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes

der örtlichen beziehungsweise Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Wilhelm Ostkamp, Essen a. d. Ruhr, Kirchstr. 20. Mandatsformulare sind durch das Parteibureau: W. Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstr. 69, zu beziehen. Der Versand erfolgt vom 19. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 22. Juni 1907.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Genossinnen!

Der vorstehende Aufruf des Parteivorstandes wendet sich so gut an euch, wie an die Genossen. Die Aufgaben der gesamten Sozialdemokratie sind auch eure Aufgaben. Der Behandlung der Fragen, die auf der Tagesordnung des Parteitags stehen, kommt eine schwerwiegende Bedeutung für den doppelten Befreiungskampf der Proletarierinnen zu. Als besonders wichtig für die Genossinnen sei hervorgehoben der Bericht über den Internationalen Kongress, auf dem die Erörterungen über das Frauenwahlrecht von großer Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung sein werden. Auch die Punkte Parteischule und Bildungsausschuss, Mäusfeier, Alkoholfrage sind geeignet, den Genossinnen eine Fülle von Anregungen für ihre Arbeit zu bieten. Die Zahl der weiblichen Delegierten in Essen sollte im Verhältnis zu der fortschreitenden kräftigen Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung stehen, im Verhältnis zu der steigenden Mitarbeit der Genossinnen auf allen Gebieten der Parteitätigkeit. Mögen deshalb die Genossinnen in allen Mittelpunkt unserer Bewegung dafür sorgen, daß dem Parteitag als Delegierte auch Frauen beizubringen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen. Wo es angängig ist, sollten die Genossinnen sich sofort mit dem Genossen ihrer Wahlkreise über die Wahl einer gemeinsamen Delegierten verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgeschlossen ist, haben sie das statutengemäß gesicherte Recht auszunutzen, in öffentlicher Frauenversammlung eine eigene Delegierte zu wählen. Die erfolgte Wahl weiblicher Delegierten ist der Unterzeichneten mitzuteilen.

Berlin, den 22. Juni 1907.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ottilie Baader,

Vertrauensperson der sozialdemokrat. Frauen Deutschlands
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Zur Einwanderungsfrage.

Eine für das gesamte Proletariat und nicht zum wenigsten für seinen weiblichen Teil wichtige Frage wird der Internationale Kongress zu behandeln haben: Die Frage der Aus- und Einwanderung von Arbeitern. Wenn irgend ein Problem nach seinen Ursachen, seinen Wirkungen und seinem ganzen Wesen einer internationalen Regelung bedarf, so dieses.

Die internationale Solidarität des Proletariats ist gegeben. Sie wird bedingt durch die Klassenlage, welche die kapitalistische Produktionsweise ihrem Wesen nach dem Proletariat in allen Ländern schafft. Und wo bisher in den einzelnen Staaten die Gesetzgebung zwecks Regelung der

Einwanderung eingriff, ohne auf die Gemeinsamkeit der Interessen des internationalen Proletariats Rücksicht zu nehmen, da trugen diese Maßnahmen einen gegen die einwandernden Proletarier gerichteten gehässigen, zünftlerischen Charakter.

Sozialdemokraten dürfen bei der Behandlung der schwierigen Materie sich jedoch keineswegs vom Augenblicksinteresse oder vom Interesse einzelner Arbeitergruppen leiten lassen, vielmehr müssen ihre Maßnahmen diktiert werden von der Antwort auf die Frage: Wie fördern wir den Emanzipationskampf des internationalen Proletariats?

Um diesem Ziele entsprechend handeln zu können, muß man das Wesen der Aus- und Einwanderung, ihre Ursachen und Wirkungen genau untersuchen. Da wird man bald inne werden, daß das Problem keineswegs so einfach ist, als es auf den ersten Blick vielen erscheinen mag. Schon die Ursachen der Wanderungen von Arbeitskräften sind sehr verschiedene, dementsprechend auch ihre Erscheinungsform und ihre Wirkungen.

Es ist zum Beispiel ein himmelweiter Unterschied, ob die Einwandernden industrielle Arbeiter aus einem Lande mit hochentwickelter kapitalistischer Produktionsweise sind, die in freier Entschliebung, vielleicht weil ihnen höhere Löhne winkten oder weil eine Wirtschaftskrise sie brotlos gemacht hatte, den Wanderstab ergriffen, oder ob es Arbeiter aus einem industriell rückständigen Lande sind, denen die bäuerlich-hauswirtschaftliche Produktion ihrer Heimat keine Arbeitsgelegenheit, keine Erntezug mehr bot, oder aber ob es kontraktlich gebundene Arbeiter sind, die vom Werbeagenten zum Zwecke des Lohndrucks und Streikbruchs im Ausland angeworben wurden.

Die erbsenannte Kategorie von Einwanderern wird allerdings am Einwanderungsort das Angebot von Arbeitskräften vergrößern und könnte dadurch lohndrückend wirken. Aber frei einwandernde industrielle Arbeiter aus kapitalistisch hochentwickelten Ländern werden nicht oder mindestens sehr selten bewußt und absichtlich sich zu Lohnrückern degradieren. Auf alle Fälle werden sie, weil kulturell hochstehend, bald für den Klassenkampf im Einwanderungsgebiet gewonnen sein. Sie in ihrer Freizügigkeit hemmen oder gar ihre Einwanderung ganz verhindern wollen, hiesie die internationale Solidarität mit Füßen treten.

Weit größer jedoch wird für die einheimischen Arbeiter die Gefahr des Lohndrucks, der verschlechterten Lebenshaltung, der Senkung des gesamten Kulturiveaus, wenn Arbeiter aus kulturell rückständigen Gegenden einwandern. Der Grund dafür ist, daß diese Arbeiter eine weit niedrigere Kultur und weniger Kulturbedürfnisse haben als die Einheimischen, welche sich ob der Bedürfnislosigkeit der Fremdlinge oft geradezu entfesen. Die Rückständigkeit derselben erschwert auch ungemein die Aufklärungs- und Organisationsarbeit. Und doch darf es auch in bezug auf solche Einwanderer keineswegs heißen: Fort mit der Freizügigkeit! Die Lösung muß vielmehr sein: Her mit einem Koalitionsrecht, das allen und für alle Fälle gewährleistet ist! Fort mit der Praxis, daß solche Leute als „lästig gefallen“ ausgewiesen werden, die sich an der Arbeiterbewegung beteiligten; her mit einem wirksamen Arbeiterchutz, der der maßlosen Ausbeutung immer engere Schranken zieht.

Neben der energischen Vertretung dieser Forderungen hat das internationale Proletariat selbstverständlich die Pflicht, just unter den eingewanderten rückständigen Arbeitsbrüdern und -schwwestern mit Energie und Ausdauer die Agitations- und Organisationsarbeit zu entfalten, und das im Interesse der einheimischen wie der fremdländischen Proletarier.

Ganz anders liegt die Sache jedoch bei den kontraktlich gebundenen Einwanderern, die lediglich zum Zwecke des Lohndrucks und Streikbruchs angeworben und eingeführt werden. Sie sind in der Hand der Unternehmer eine vorzügliche Waffe, die Arbeiterschaft — die Einwandernden eingeschlossen — in ihrem kulturellen Aufstieg zu hemmen und zu hindern. Dieser Erscheinung gegenüber „Gewehr bei Fuß“ stehen, hiesie das proletarische Interesse auf das schlimmste vernachlässigen. Hier gilt es energisch den Kampf gegen die kontraktliche Bindung aufzunehmen. Man muß die als Lohnbrücker importierten armen Lohnsklaven und -slavinnen gesehen haben, gesehen haben an der Arbeit und in den Kasernen, in ihrer Erniedrigung und in ihrer Hilflosigkeit: um die ganze Skrupellosigkeit der ausbeutungsübsigen Unternehmer ermessen zu können. Am schlimmsten ergeht es dabei den weiblichen Eingewanderten, wie wir sie in Deutsch-

* Die „Neue Zeit“ Nr. 41 vom 18. Juli 1907 enthält wertvolles Material darüber.

land zum Beispiel in der Landwirtschaft, den Ziegeleien, der Zucker- und der Textilindustrie antreffen. In der Heimat, wo sie angeworben werden, erscheint ihnen der gebotene Lohn nicht nur annehmbar, sondern sogar hoch. Sie haben ja keine Ahnung, daß dort, wohin sie verschickt werden, das Geld nicht entfernt die Kaufkraft besitzt, wie im Vaterland. Kommt ihnen schließlich die Erkenntnis und wagen sie zu reklamieren, so wird ihnen der Kontrakt gezeigt, dem sie zugestimmt, den sie unterschrieben haben. Zu der langen Entlohnung kommt lange Arbeitszeit, miserable Behandlung und meist aller Menschlichkeit hochsprichende Unterkunfts-räume, in der Mehrzahl sogenannte „Kasernen“.

Für die in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen und Mädchen besteht leider keine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, und diese Ausbeutungsfreiheit wird den Ausländerinnen gegenüber mindestens so weidlich ausgenutzt als gegenüber den Einheimischen. Unbarmherzig werden die Armen bei glühendem Sonnenbrand wie bei strömendem Regen zur Arbeit angetrieben, bis zur Erschöpfung müssen sie fronden. Dabei ist es keine Seltenheit, daß ihnen ange-sonnen wird, sich auch noch zur Lustklavin ihres Antreibers zu erniedrigen. Die Unterkunfts-räume sind nicht nur jeder Wohnlichkeit und Reinlichkeit bar, es ist nicht einmal überall die Trennung der Geschlechter durchgeführt. Und wird es diesen armen, zum schlimmsten Arbeitstier erniedrigten Arbeiterinnen gar zu unerträglich auf einem Gute, so fesselt sie nicht nur der Kontrakt, sondern außer ihrer Unkenntnis der Sprache auch noch ihre vollständige Mittellosgkeit. Im Kontrakt wird gewöhnlich vorgesehen, daß vom Lohne nur ein Teil ausgezahlt, der Rest aber erst nach Ablauf des Kontraktes ausgehändigt wird. Wagen sie es dennoch, zu entinnen, so gibt es ja, zum Glück für die modernen Sklavenhalter, noch — Gen darmen, die die Jagd auf Menschen-wild aufnehmen und die Entlausenen zurückschleppen. Im letzten Jahre berichteten die Tageszeitungen über mehrere solcher Fälle. O herrliche „Freiheit“!

Und nicht besser ergeht es den in der Industrie beschäftigten ausländischen, kontraktlich gebundenen Arbeiterinnen. Die Fabrikinspektionsberichte melden uns alljährlich grauenhafte Einzelheiten über die Unterkunfts-räume italienischer und holländischer Ziegeleiarbeiterinnen, sie verzeichnen, wie skrupellos sich die Unternehmer bei der Ausbeutung von Ausländerinnen über die bestehenden Schutzbestimmungen hinwegsetzen. In der Textilindustrie werden Frauen und Mädchen in Kisten und hinter Ballen versteckt, wenn der Inspektor in der Nacht zum Revidieren kommt usw. Die Unterbringung der Arbeiterinnen in Kasernen erschwert un-gemein die Aufklärungsarbeit und macht sie fast unmöglich.

Aus dem Gesagten erhellt, wie notwendig der Kampf gegen die kontraktliche Bindung der Einwanderer ist, notwendig im Interesse der Einheimischen, die wehrlos sind gegen Lohn-drücker- und Streikbrecherimporte, notwendig aber gleichfalls im Interesse der Eingewanderten, die geradeweg in Lohn- und Schuldsklaverei verkauft werden. Je energischer wir diesen Kampf betreiben in Verbindung mit dem Kampf für einen durchgreifenden Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, desto leichter wird uns auch die Erfüllung der zweiten Pflicht werden: die Aufklärung der Rückständigen.

Wir müssen es uns leider versagen, auf sonstige volks-wirtschaftliche Wirkungen der Einwanderung einzugehen, zum Beispiel darauf, daß durch dieselbe die Entwicklung der Industrie gefördert, die Produktivität der Arbeit gesteigert werden kann usw. Jedoch sei kurz darauf hingewiesen, welche gesundheitlichen und Unfallgefahren durch die Einwanderung fremder Arbeiter heraufbeschworen werden können. Es steht zum Beispiel fest, daß durch fremdländische Arbeiter die Wurmranchtheit eingeschleppt ward, unter welcher die deutsche Vergarbeitschaft schwer gelitten hat. Es ist zweifelsohne, daß russische Landarbeiter und Arbeiterinnen die Granulose und den Weichselzopf in Deutschland einschleppten, daß wieder und wieder ausländische Arbeiter in großem Umfange Typhus und Krätze verbreitet haben. Daß gegen die drohenden gesundheitlichen Gefahren weitgehende sanitäre Maßnahmen, wie sorgfältige Untersuchung und wenn notwendig durchgreifende ärztliche Behandlung der Einwanderer an der Grenze notwendig sind, ist selbstverständlich. Es leuchtet ferner ein, daß dort entsprechende Maßnahmen getroffen werden müssen, wo infolge von Unkenntnis der Sprache durch die fremdländische Arbeiterschaft die Unfall-gefahr eines Betriebes erhöht wird. Die Eingewanderten können ja die Unfallverhütungsvorschriften nicht lesen, Befehle und Anordnungen nicht verstehen. Als Sicherheits-maßregeln kommen da in Betracht, daß von den gefährlichsten Stellen die Fremden ferngehalten werden, daß die Vor-schriften auch in der Sprache der Eingewanderten ausgehängt werden müssen und Aufseher anzustellen sind, die beider Sprachen mächtig sind usw.

So wie die Arbeiter einer Branche ein lebendiges Interesse an den wirtschaftlichen Kämpfen und Siegen der Arbeiter aller übrigen Branchen haben, so haben auch die Arbeiter eines Landes ein lebendiges Interesse an der kulturellen Hebung der Arbeiter aller übrigen Länder. Diese Solidarität des internationalen Proletariats hat oft genug ihren Ausdruck gefunden in materiellen und moralischen Unter-sühungen bei Lohnkämpfen, sie soll und muß gleichfalls ihren Ausdruck finden in der Behandlung der Frage der Ein- und Auswanderung. Daher kann nicht die Lösung sein: Bekämpfung und Zurückdrängung der Arbeiter rückständiger Länder, sondern Hebung ihrer Lage und Erziehung zu ziel-klaaren Massenkämpfen. Die grundsätzliche Auffassung der „Internationale“ wird hoffentlich auch die des Stuttgarter Kongresses werden.

Luisie Zieh-

Eine sozialistische Enquete über die sofortige Einführung des Frauenwahlrechts.*

Keir Hardie, Mitglied des englischen Parlaments:
Unsere Partei in Großbritannien hat sich mit Begeisterung für die politische Gleichberechtigung der Frau erklärt. Mir fällt es schwer, zu verstehen, daß dieser Forderung nicht von allen Sozialisten zugestimmt wird.

J. Ramsay MacDonald, Mitglied des englischen Parlaments:

Die Unabhängige Arbeiterpartei, das ist die sozialistische Fraktion, der ich angehöre, und welche die bedeutendste in England ist, hat sich mehrmals auf ihren Jahreskongressen zugunsten der sofortigen politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechtes erklärt. Die bekanntesten Mitglieder unserer Partei nehmen tätigen Anteil an der Bewegung, welche für das Frauenrecht kämpft.

Wir sympathisieren nicht alle mit gewissen Kampfesmethoden, welche die Frauenrechtlerinnen seit kurzem anwenden. Allein das schmälert nicht unseren Wunsch, die Frau politisch frei zu sehen. Unsere Forderung gründet sich auf unsere Überzeugung von dem Recht aller Bürger. Obgleich uns manchmal versichert worden ist, daß durch die politische Emanzipation der Frauen unser Wirken schwerer gemacht werden würde, als es so schon ist, glauben wir das nicht, oder wenn wir es auch zugeben, so wäre es doch nach unserer Ansicht kein guter Grund, einen Akt der Gerechtigkeit zu verhindern.

Enrico Ferri, Mitglied der italienischen Kammer:

Meines Dafürhaltens kann vom moralischen, sozialen und politischen Standpunkt aus der Anspruch der Frau auf das Wahlrecht nicht geleugnet werden. Wahrheit und Gerechtigkeit aber müssen in allen Fällen anerkannt und verwirklicht werden, welche Seite auch immer sie fordern möge. Die Konservativen denken ohne Zweifel, daß die Frauen in großer Mehrzahl für die Reaktion stimmen werden. Ich glaube das nicht. Allein, gesetzt den Fall, es träte zu, müssen wir Sozialisten doch trotz allem für das Recht der Frau eintreten. In der Wissenschaft wie im Leben ist nichts schädlicher im letzten Grunde, als die Wahrheit den vermeintlichen Folgen unterzuordnen, die sie zeugen könnte.

Rubanowitsch und Kudrin, Vertreter der russischen revolutionären Sozialisten:

Unserer Meinung nach müssen die Sozialisten stets auf dem Boden ihrer Prinzipien stehen und dürfen nicht die Verantwortlichkeit für opportunistische Beschränkungen übernehmen, welche sich geltend machen werden, solange die Wesenseigenschaften des Eigentums die bestehende Gesellschaft beherrschen.

So sind wir in Rußland für das allgemeine Wahlrecht trotz des Gemüths unserer ängstlichen Gegner, welche uns sagen, es würde gefährlich sein, das Wahlrecht den ungebildeten Muschits zu gewähren, welche sich von Popen und den Werkzeugen des Absolutismus beherrschen lassen.

Die Wahlen zur Duma haben den Reaktionen bereits eine Enttäuschung gebracht; die Wahlen für eine konstituante würden ihnen noch härtere Enttäuschungen bereiten.

In der heutigen Gesellschaft wird das demokratische Prinzip durch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und durch allerhand Überlebens vergangener Zeiten gefälscht: Merkantilismus, Militarismus und so weiter. In der Frauenfrage müssen wir uns auf den Boden der Klassenlage des Proletariats stellen, dessen Angehörige ohne Unterschied des Geschlechtes ausgebeutet werden. Dann zeigt sich, daß die Frauen die gleichen politischen Rechte besitzen müssen wie die Männer.

Wir müssen eine so kräftige und eindringende Agitation entfalten, daß die Vorteile der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechtes deren Nachteile sogar in der zeitigen Gesellschaft überwiegen.

Die Partei der russischen revolutionären Sozialisten, wie alle wahren sozialistischen Parteien, ist natürlich für das Wahlrecht, das einzig und allein in Wirklichkeit den Namen des allgemeinen verdient: das heißt für ein allgemeines aktives und passives Wahlrecht, das auch auf die Frauen ausgedehnt ist. Sie fordert dieses Wahlrecht nicht aus der gleichen Auffassung heraus wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, welche den sozialen Kampf der Klassen übersehen und wännen, daß die Frauenfrage gelöst sei, wenn die Frau wählen oder gewählt werden könne. Sie steht vielmehr auf dem Boden der sozialistischen Überzeugung, daß die Abschaffung des Privateigentums und die Errichtung der sozialistischen Ordnung die unerläßliche Voraussetzung für die Lösung der Frauenfrage ist.

Denn nur in einer kommunistischen Ordnung, wo die Produktionsmittel den Arbeitern beider Geschlechter gehören, kann die wahre Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder beider Geschlechter Wirklichkeit werden. Nur in einer solchen Ordnung kann das bedeutende Mißverhältnis zwischen den Männerlöhnen und Frauenlöhnen verschwinden — weil die Lohnarbeit selbst nicht länger existiert —, ebenso die politische Ungleichheit der Geschlechter, die Unterordnung der Frau unter den Mann sogar auf zivilrechtlichem Gebiet usw.

Jedoch ehe diese neue Gesellschaft der Freiheit und Brüderlichkeit errichtet wird, fordert die Partei der russischen revolutionären Sozialisten, in Gemeinschaft mit allen wahren sozialistischen Parteien, die sofortige Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Sie fürchtet nicht, was die frauen-

rechtsfeindlichen bürgerlichen Demokraten die konservative Bestimmung der Frau zu nennen beliebt. Sie glaubt vielmehr, daß die Konservativen, die auf diese Bestimmung spekulieren, grausam in ihren reaktionären Hoffnungen enttäuscht werden. Dank des von Tag zu Tag wachsenden Fortschritts der sozialistischen Agitation werden die Frauen — nach einigem Hin und Her, das immerhin möglich ist — in der Politik für die kühnsten Forderungen, für die revolutionärsten Ideen eintreten. Die Partei der russischen revolutionären Sozialisten ist des berühmten Vergleichs eingedenk, den Laffalle zwischen dem allgemeinen Wahlrecht und der Lanze des Achilles zog, der die Gabe eignete, die Wunden zu heilen, die sie schlug. Sie ist daher fest davon überzeugt, daß die Frau, welche volles Bürgerrecht zuerkannt erhält, dem Emanzipationskampf unserer Zeit revolutionäre und sozialistische Kräfte zuführen wird.

Man könnte sogar behaupten, daß in dieser Beziehung die Partei der revolutionären Sozialisten Rußlands sich in einer vorzüglichen Lage befindet. Bei uns hat die Frau der gebildeten Klassen oft neben dem Manne eine politische Rolle gespielt, die in den anderen Ländern unbekannt ist. Bei uns ist die bürgerliche Frauenbewegung weit weniger bedeutend als die sozialistische Frauenbewegung oder richtiger die sozialistische Bewegung überhaupt, denn der Sozialismus, welcher auf seine Fahne die Freiheit alles dessen geschrieben hat, was Menschenantlig trägt, ohne Unterschied der Rasse, der Religion und des Geschlechtes, fordert die vollständige Emanzipation der Frau.

Bei uns in Rußland ist in der letzten Zeit unter der bäuerlichen Bevölkerung eine starke Bewegung für die zivilrechtliche und politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes aufgetreten. In einigen Gouvernements, wie Twer, Woronesch, hat die ganze weibliche Bevölkerung mancher Dörfer Petitionen an die Duma gerichtet, in welchen sie die Ausarbeitung eines Gesetzes forderte, das das Wahlrecht auf das weibliche Geschlecht ausdehnt. Und das ist nicht erstaunlich. Im Haushalt wie als Mitglied der bäuerlichen Dorfgemeinde ist die russische Bäuerin in betreff ihrer Rechte und Pflichten dem Gefährten ihrer Arbeit und ihres Glendes gleichgestellt. In einem Haushalt, der das Familienoberhaupt verliert, tritt die Frau an seine Stelle, und in ihrer Eigenschaft als Vorsteherin des Haushaltes hat sie Recht auf einen festen Gemeinderat und auf eine Stimme in allen den gemeinsamen Angelegenheiten, über welche die bäuerlichen Gemeindeverwaltungen beschließen. Gewiß: die halb byzantinische, halb tatarische Unterordnung der Frau unter den Mann, verstärkt durch die allgemeine Verslavung des russischen Volkes durch die Selbstherrschaft, hat wohl die alte Auffassung von der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter inmitten der bäuerlichen Dorfgemeinde zu trüben und zu entstellen vermocht; sie hat sogar hier und dort zu barbarischen Mißhandlungen der Frau seitens des Mannes geführt. Allein trotz alledem ist die alte Gleichheitsidee des erwachsenen Kommunismus im Volke lebendig geblieben. Und kaum, daß die revolutionäre Bewegung begonnen hat, die Grundlagen des politischen Despotismus zu erschüttern, so zeigt sich, daß die Frau entscheiden die Bahn radikalere Forderungen beschreitet. Und zwar nicht bloß die gebildete Frau, sondern auch die Bäuerin, die arme Muschitkin begehrt ihren Platz in der Sonne der Gleichheit.

Kurz, im allgemeinen wie im besonderen fordert unsere Partei und muß sie fordern die Form des allgemeinen Wahlrechts, welche diesen Namen verdient, nämlich das Wahlrecht für jedes großjährige menschliche Wesen.

Umsturz und Revolution.

V.

Es geht nicht an, Zustände zu erhalten, in denen zwei Drittel aller Menschen dauernd Hunger leiden, und selbst das letzte Drittel zum Teil noch täglich dem Umsturz seiner ganzen Existenz ausgesetzt, von allen edlen Freuden und Genüssen des Lebens ausgeschlossen ist. So schrieben wir: Es muß angehen, Verhältnisse zu schaffen, die allen Menschen nicht nur genügende Ernährung, sondern auch den notwendigen Lebensgenuß verbürgen. Es muß möglich sein, daß alle Menschen in ihrer Existenz gesichert sind, und daß Kinder, die das Unglück hatten, Vater und Mutter zu verlieren, nicht obendrein durch Hunger und Elend gestraft werden. Auf der Erde wächst Brot genug für alle Menschenkinder! Das hehre Ideal der Sozialdemokratie ist es, diese Möglichkeiten Erfüllung werden zu lassen. Das ist unser Ziel, darum sind wir Umstürzler! Mag man uns darum verpöten, wir können es ertragen. Wir sind durchdrungen von der Reinheit unseres Strebens: die Hungrigen satt zu machen, der Hilflosen Tränen zu trocknen, den Verzagenden neue Hoffnung ins Herz zu gießen. Aber wir wissen auch, daß eine grundstürzende Neuerung aller bestehenden Zustände nötig ist, um das hohe Ziel zu erreichen. Das wissen wir, und das wollen wir auch! Mag man uns beschimpfen deshalb und mit Hohn und Haß übersäen — was gilt das uns, die wir stolz darauf sind, Umstürzler, Revolutionäre zu sein; die wir jene bedauern, die es nicht sind!

Aber wie ist ein solcher Zustand möglich?

Wir wollen es uns am Bilde der Familie klar machen. Wie Eltern mit ihren Kindern in herzlicher Liebe beisammen leben und jedem geben, was es braucht, ohne ängstlich abzuwägen, ob nicht auf einen eine Kleinigkeit zuviel kam — so wollen wir, daß die ganze Menschheit zusammenlebt wie Schwestern und Brüder, einer großen Familie gleich, in der Schmerz und Verlust wie auch die Freude gemeinsam getragen werden. Wozu kleinlich abwägen, wie viel der eine und wie viel der andere bekommt, wenn es für alle

* Aus der Broschüre „Zur Frage des Frauenwahlrechts“. Von Clara Zetkin. Berlin, Verlagsanstalt Vorwärts.

reich! Mag jeder bekommen, soviel ihm nötig ist. Mehr als sich satt essen, kann keiner; wer aber wollte ihm das nicht gönnen? — Das ist das große Ideal des Kommunismus (der gemeinsamen Wirtschaft).

„Utopie!“ schreiben unsere Gegner. „Nie werdet ihr das erreichen, und wenn es euch doch gelänge, so wäre es ein Unglück; denn wenn der Mensch alles erhält, was er braucht, ohne Rücksicht darauf, wie viel er gearbeitet hat, dann würde schließlich keiner mehr arbeiten! Eigennutz und Habgier sind die einzigen Beweggründe, die den Menschen zur Arbeit treiben!“

Es wäre schlimm um die Menschheit bestellt, wenn das zuträfe! Wenn nur Eigennutz und Habgier uns zur Arbeit trieben, wäre das Menschengeschlecht längst verkommen, denn Eigennutz und Habgier sind schlechte Berater. Sie veranlassen den Menschen nur so viel zu tun, als der eigene Vorteil gebietet, ohne Rücksicht auf Wert und Bedeutung der Arbeit. Doch zum Glück sind wir in der Lage, die Kasandrarufe der Gegner mit siegender Überzeugung zu übertönen: es ist nicht wahr, was euer Haß euch eingibt: nicht von Natur ist der Mensch träge — ebenso wenig als er von Natur schlecht ist — nur unsere schmachvollen Verhältnisse machen ihn dazu. Der Mensch braucht Arbeit, wie er Essen und Trinken braucht. Er kann ohne sie nicht leben; ewig treibt es ihn, dem in seiner Brust wohnenden Drang nach Betätigung gerecht zu werden. Nur freilich ist ein Erforderlich — was unsere Gegner stets geistlich übersehen —: es muß die richtige Arbeit sein!

Heute ist jeder Arbeiter gezwungen, die Art und Menge der Arbeit auszuführen, die andere im Interesse ihres Vorteils ihm anzubefehlen geruhen. Kann einem Arbeiter, der an eine ihm widerwärtige Tätigkeit gefesselt, überlastet und bis auf die Knochen erschöpft ist, diese Arbeit als etwas anderes denn eine Last erscheinen? Da mag es freilich manchem wie eine wunderbare Mär klingen, wenn er hört, daß die Arbeit eine Quelle der Lust und Freude sei. Und trotzdem ist es so! Man ändere nur die unnatürlichen Zustände, man zertrümmere die kapitalistischen Fesseln, und schaffe jedem die Möglichkeit, das zu arbeiten, wozu ihn Neigung und Fähigkeit treiben, und man wird staunen, welche umfangreiche und fruchtbare Tätigkeit jeder entfalten wird! Heute ist nicht daran zu denken, weil sich die Berufswahl nicht nach der Befähigung richtet, die jeder hat, sondern nach dem Selbsthaß des Vaters. Der Sohn des Arbeiters wird Arbeiter, und wenn er die Befähigung zum Minister hat, der Sohn des Ministers aber wird hoher Beamter, auch wenn seine Befähigung kaum zum Kohlenkarren ausreicht. Da ist es denn nur zu natürlich, daß keiner von beiden in seiner Arbeit eine innere Befriedigung findet und schließlich jeder sie haßt!

Aber trotzdem bietet uns schon die Gegenwart Beispiele vom Gegenteil. Hin und wieder findet man Menschen, die an der richtigen Stelle stehen, und denen die Arbeit eine Lust ist. Man frage sie nur, und man wird finden, daß wahrlich keine Gefahr besteht, sie könnten in Trägheit verfallen. Eher umgekehrt. Wie häufig sieht man nicht auch, daß ein armer Teufel, der tagsüber an eine widerwärtige Arbeit gefesselt ist, sich noch die wenigen Stunden der Nachtruhe raubt, um eine andere, ihm angenehme Arbeit zu verrichten. Und endlich: gerade die großen Werke der Wissenschaft, der Kunst wie aller anderen Gebiete sind nicht auf Bestellung gemacht worden, oder weil das Geld lockte. Viele unserer größten Geister sind in Kummer und Elend zugrunde gegangen, aber ihre unsterblichen Werke haben sie geschaffen, weil nicht äußerer Vorteil, sondern innerer Schaffensdrang sie trieb.

Der gleiche Betätigungsdrang befeuert jeden Menschen, nur die Ungunst der Verhältnisse hindert die meisten, nach ihren Fähigkeiten zu wirken. Der dem Menschen innewohnende natürliche Schaffensdrang ist der Urquell aller Arbeit; er ist es, der sie gut und fruchtbar macht. Diesen edlen und wirksamen Antrieb zur Arbeit, der allein die Menschheit zu wahren Reichtum führen kann — hat der Kapitalismus in Fesseln gelegt; die Mammonsherrschaft hat ihn mit Unfruchtbarkeit geschlagen, so daß heute wenige genießen, doch unzählige darben! Erst der Kommunismus wird die Fesseln lösen, und Umsturz und Revolution heißen die Mächte, die der Menschheit dieses Glück erlämpfen werden.

Solchem Streben widersehen sich begreiflicherweise die Besitzenden und Satten mit allen Mitteln, deren sie habhaft werden können, mit List und Gewalt! Ja, mit Gewalt! Oder war das Sozialistengesetz etwa keine Gewalt, oder besser gesagt Vergewaltigung? Sind die Polizeiaufgebote bei Streiks nicht Gewalt? Ist es nicht Gewalt, wenn man den Arbeitern zu verbieten mag, diese oder jene Zeitung zu lesen, diese oder jene Versammlung zu besuchen? Soll es nicht Gewalt sein, wenn man das Wahlrecht, das Vereinsrecht der Arbeiter beseitigen will? Drohte man nicht mit Gewalt, als man den Soldaten zur Pflicht machte, nötigenfalls nach Kommando auf Vater und Mutter zu schießen? Und ist es endlich nicht Gewalt, daß man fort und fort Hunderte und Tausende, die für des Arbeiters Rechte mutig die Wahrheit sagen, ins Gefängnis wirft?

Aber jeder Druck zeugt Gegendruck. Schon erkennen Millionen, daß auf der Bahn des Sozialismus das Heil liegt. Und der Tag wird kommen, da allen Geknechteten und Unterdrückten die Binde von den Augen gefallen ist. Er wird um so schneller kommen, je sicherer sich die Besitzenden in törichter Verblendung ihres vermeintlichen Herrenrechts freuen! Wir haben die jammervolle Lage der Arbeiter oft genug gekennzeichnet. Statt aber wenigstens nach ihren geringen Kräften zu lindern und zu helfen, hat unsere Regierung durch die neuen Handelsverträge die Leiden des Volkes um Erhebliches verschlimmert. Noch sind die Wir-

kungen der Verträge nicht voll zu spüren, und schon wird des Arbeiters Nahrung schmaler von Tag zu Tag.

So wird das Volk zur Verzweiflung getrieben. Seine wahren Freunde aber gedenken der Worte des deutschen Dichters Börne, die wie Hammerschläge in unsere Zeit herüberdröhnen: „Aber der Tag wird kommen, da der zum Himmel gestiegene Tränennebel aller der Millionen Unglücklicher als eine Sintflut niederstürzt und die Reichen mit allen ihren aufgesparten Schätzen bedrohen wird, und dann werden Schrecken und zu späte Reue die hohle Brust der Hartherzigen ausfüllen, und sie werden das Erbarmen, dessen Rufe sie nie gefolgt, selbst anrufen!“

J. B.

„Der Verbandstag der Konsumvereine — ein Schritt rückwärts?!“

I.

Wegbereitend zum klar erkannten Ziele der Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialistische Gesellschaft will die „Gleichheit“ wirken, speziell unter den Frauen. Weil nun ganz besonders ich davon durchdrungen bin, daß dieses heute noch fast unerreichbar scheinende Ziel ohne die bewußte Mitarbeit der Frauen überhaupt nicht zu erreichen sein wird, halte ich es für meine Pflicht, Einspruch zu erheben, wenn ich sehe, daß, gewiß nicht aus Böswilligkeit, sondern aus mangelndem Verständnis, dem raschen Fortschritt dieser Entwicklung Steine in den Weg geworfen werden.

In dem unter obiger Überschrift in Nr. 14 gebrachten, mit W. D. unterzeichneten Aufsatz sind eine Reihe von Sätzen aus einem Artikel angeführt, den ich vor zirka vier Jahren in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht habe, in welchem ich die intensivste Mitarbeit der Frauen „am Aufbau“ innerhalb der Genossenschaftsbewegung fordere. Nun versucht W. D. die vom letzten Verbandstag der Konsumvereine beschlossene „Resolution“ betreffs einiger Tarifabschlüsse zwischen Genossenschaften und den von ihnen beschäftigten Arbeitern als im Widerspruch mit den programmatischen Forderungen stehend zu bezeichnen, die ich in jenem Artikel „Wir am Aufbau“ aufgestellt habe.

Ich sehe hierin eine verwirrende Beeinflussung der freudigen Mitarbeit der Frauen im Genossenschaftswesen wogegen ich protestieren muß. Ich will von vornherein betonen, daß Konsumgenossenschaften, welche zu dem Zwecke mißbraucht werden, ohne Rücksicht auf die Existenz ihrer Angestellten lediglich hohe Dividenden herauszuwirtschaften, meines Erachtens nach dieser Richtung hin energisch bekämpft werden müssen.

Wer die Düsseldorf-Verhandlungen genau verfolgt hat, speziell die übrigens in diesen Tagen als kurze Broschüre erscheinende Rede liest, welche Genosse v. Elm zu dem Punkt „Tarifverhandlungen“ daselbst gehalten hat, dem dürfte es schwer werden, eine einzige Äußerung darin zu finden, welche dieser Auffassung widerspräche.

Ich kann nicht unterlassen, an dieser Stelle meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß der Vertreter der Generalkommission, Genosse Umbreit, in mindestens unüberlegter Weise, durch vollständig unzutreffende Äußerungen Kritik geübt hat an der vom Zentralverband deutscher Konsumvereine angenommenen „Resolution“, die sich auf verschiedene Forderungen bezieht, welche einige Gewerkschaften an die aus Arbeiterkreisen gegründeten Genossenschaften gestellt haben. Diese Äußerungen Umbreits hat auch W. D. herangezogen. Ich bin überzeugt, wenn man vorher die unstrittenen Fragen mit der Generalkommission als solcher gemeinsam beraten hätte, würde von der Seite im Interesse beider Parteien, sowohl der in Frage kommenden Gewerkschaften wie der Genossenschaften ein anderes Urteil gefällt worden sein, als es unbegreiflicherweise in den sich übrigens auch mehrfach selbst widersprechenden Äußerungen des Genossen Umbreit zutage tritt, der doch wirklich auf den Genossenschaftstag nicht geschickt war, um „Ol ins Feuer“ zu gießen.

Wenn in der „Resolution“ verlangt wird, die bezüglichen Gewerkschaften, „Verband der Handlungsgehilfen“, „Verband der Lagerhalter“ usw., sollten nicht an die Genossenschaften Forderungen stellen, „die weit über das hinausgehen“, was sie bei Privatunternehmern bisher durchzusetzen vermochten, so muß man schon entweder ein direkter Gegner des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Massen sein, oder man muß gedankenlos — verständnislos — dem Kampfe gegenüberstehen, den dieser wirtschaftliche Machtfaktor mit der heutigen privatwirtschaftlichen Kräftezersplitterung zu bestehen hat, um aus dieser „Resolution“ einen „kapitalistischen Herrenstandpunkt“, „rückwärtliche Tendenzen“ usw. herauszubedeutieren.

Wer aus eigener täglicher Erfahrung heraus weiß, wie schwer es ist, die Massen und speziell die Frauen zum Ertragen einiger kleiner Unbequemlichkeiten zu erziehen, die der ausschließliche Einkauf aller Bedarfsartikel in Genossenschaften mit sich bringt — zum Beispiel der etwas weitere Weg als „nebenan zum Krämer“, das oft längere Wartenmüssen, vor allem die strikte Barzahlung usw. —, der darf unter den bestehenden Verhältnissen seine Hand nicht dazu bieten, die Schwierigkeiten zu vermehren, die der Ausbreitung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses im Wege stehen, und zwar in allererster Linie vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Forderung gerade derjenigen Organisationen, die heute ohne die Genossenschaftsbetriebe überhaupt gänzlich ohnmächtig wären.

Sehen wir uns nun einmal ganz sachlich einige der abgelehnten Forderungen an.

Was den „Bäckertarif“ anbelangt, so wurde er übrigens nicht vom Genossenschaftstag, sondern von dem Vertreter der Bäcker vorläufig abgelehnt, weil (man bedenke, die betreffende Sitzung hatte von 9 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung gedauert), also weil von den meisten der noch anwesenden Delegierten absolut nicht daran gedacht war, daß durch die Annahme zweier Anträge des sächsischen Unter-Verbandstags der Tarif für den Bäckerverband unannehmbar werde. Diese Anträge wollten bei der Verpflichtung zur Benutzung des Arbeitsnachweises das Wortchen „möglichst“ eingeschaltet wissen, ferner auch die Genossenschaften nicht unter allen Umständen verpflichten, eventuell benötigte Backmeister ebenfalls lediglich durch den Arbeitsnachweis beziehen zu müssen. Bei dieser Abstimmung hat es sich, wie ich speziell versichern kann, lediglich um eine mißverständene Frage gehandelt und ist der Irrtum, soweit es noch anging, schon am nächsten Morgen redressiert worden. Also dieser geradezu böswillig aufgebaute „Fall“ — ist gar kein „Fall“!

Was die Forderung der Lagerhalter anbetrifft, eine bestimmte Umsatzhöhe pro Arbeitskraft festzulegen, so müssen die Lagerhalter sich doch selber sagen, daß diese „Forderung“, wenn sie in den Tarif hineintäme, lediglich auf dem Papier stehen bleiben würde, ja müßte. So zum Beispiel in den Fällen, wo bei rasch steigender Mitgliederzahl und dadurch sich bedeutend erhöhendem Umsatz nicht plötzlich hinter den Ladentischen mehr Raum geschaffen werden kann. Die Läden sind nicht von Gummi!

Wir haben zum Beispiel nach dem unglücklichen Ausfall der Reichstagswahl in einer Verkaufsstelle der Produktion in Ottenen innerhalb 8 Tagen, glaube ich, 11 Personen zur Bedienung anstellen müssen, wo vorher 7 Personen eben gerade Platz genug hatten. Da läuft man Gefahr, daß das Personal sich gegenseitig umrennt, ohne daß die Bedienung der Kundschaft dadurch schneller vonstatten gehen kann. Neue Läden zu ermieten, ist in den meisten Fällen nicht nur mit ungeheuren Mehrkosten verknüpft, sondern sehr oft überhaupt nicht möglich, weil keine passenden Lokale vorhanden sind.

Sobann die Forderung des „Achtuhrladenschlusses“ auch am Samstag sowie die des vollständigen Sonn- und Feiertagschlusses in allen Genossenschaftsgeschäften allüberall, während ringsherum alle einschlägigen Konkurrenzgeschäfte gefehlich ihre Läden bis 9 Uhr abends und dazu an Sonn- und Feiertagen mehrere Stunden zur Bequemlichkeit des laufenden Publikums offen halten dürfen! Wenn den ganzen Tag über ihre Läden leer bleiben: in diesen Stunden, wo die Verkaufsstellen der Genossenschaften dunkel und geschlossen sind, machen die Händler ihre Geschäfte. Mehrere Lagerhalter haben mir geflagt, daß sie oft voll Born von ihrem Fenster aus beobachten, wie ihre Mitglieder, das heißt die lieben Frauen, speziell Sonntags früh mit gefüllten Körben und — schlechtem Gewissen aus dem Krämerladen herausflühen! Hab ich doch kürzlich, als ich in einer unserer Verkaufsstellen die Inventur aufzunehmen hatte, am Sonntagmorgen vor meinen Augen in einen Krämerladen eine Genossin gehen sehen, die ich nach der in eine andere Straße verlegten Verkaufsstelle der „Produktion“ fragte, unter der ausdrücklichen Erklärung, daß die Genossin dort auch Mitglied sei. Wenn die sozialreformfreundliche Gesetzgebung wirklich nächstens den sogenannten Achtuhrladenschluß für einzelne Gewerbe herausrücken sollte, so dürfen wir sicher sein, daß „zum Schutze des Mittelstandes“ davon die Lebens- und Genussmittelbranche ausgeschlossen wird. Daran werden weder der Lagerhalter noch der Handlungsgehilfenverband in ihrer jetzigen Gestalt etwas ändern können — somit bleibt das aber ein Ausnahmengesetz für die in Arbeitergenossenschaften organisierten Konsumenten. Große, leistungsfähige Genossenschaften, die einen festen Stamm von sozialpolitisch geschulten Mitgliedern haben, mögen diese Forderung ohne zu arge Gefahr für ihren Bestand erfüllen können. Wie aber sollen dabei kleine, schwache Vereine der Konkurrenz gegenüber bestehen und gar sich ausbreiten und wachsen, damit sie leistungsfähiger werden?!

Was nun die richtige Beurteilung des für die Leserinnen der „Gleichheit“ ganz besonders wichtigen Punktes anlangt, die „gleiche Entlohnung der weiblichen und der männlichen Angestellten in den Genossenschaftsbetrieben“, so hat W. D. in dem Passus der Düsseldorf-„Resolution“, welcher davon als von einer „unannehmbaren Forderung“ spricht, einen besonderen Gegensatz zu meinen Ausführungen in dem Artikel „Wir am Aufbau“ erblickt. Ja, ich habe selbstverständlich wie jeder in sozialpolitischen Fragen Orientierte für gleiche Leistungen gleiche Entlohnung gefordert, aber weder W. D. noch erst recht die Leiter der betreffenden Verbände — Lagerhalter, Handlungsgehilfen — können darüber im Zweifel sein, ob die von weiblichen Angestellten verlangten Leistungen wirklich die gleichen sind. Haben doch selbst die Vertreter der betreffenden Organisationen auf dem Genossenschaftstag in Düsseldorf erklärt, „dort, wo zur Unterstützung einer Lagerhalterin eine männliche Hilfskraft nötig sei, müsse das Gehalt für diese Kraft von dem Gehalt der Lagerhalterin — selbstverständlich“ abgezogen werden“.

Wenn sich W. D. darüber nicht klar war — was ich annehme —, die Vertreter der Organisationen sind sich darüber ganz unzweifelhaft klar, daß wohl kaum ein einziger Konsumverein sich mit einer Lagerhalterin begnügen würde, wenn ihm für denselben Preis männliche Kräfte zur Verfügung ständen. Würde also für alle dem Zentralverband der Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften in ganz Deutschland tarifmäßig die Pflicht der gleichen Entlohnung für Männer und Frauen festgelegt, dann würde da,

mit ganz einfach die Ausschaltung der Frauen aus diesem Berufe herbeigeführt werden. Läge das im Interesse der Frauen? Läge es im Interesse der vielen, vielen kleinen Konsumgenossenschaften, die heute existenzfähig nur dadurch sind, daß ihre Verwaltung die Buchführung sowie den Wareneinkauf im unbezahlten Nebenamt besorgt und die übrige verantwortliche Leitung des Geschäftes durch eine Genossin, vielleicht eine Witwe, zu einem Lohne versehen wird, der ihr eine Existenz im Dienste der Arbeiterschaft gewährt und dieser wiederum den genossenschaftlichen Zusammenschluß ermöglicht, der bei einer Erhöhung der Spesen ausgeschlossen wäre.

Und wie steht es bei den Handlungsgehilfen und -gehilfinnen?

Ich bin weit entfernt, das Abwiegen von Kaffee, Zucker, Mehl und Grütze als eine Spezialleistung der Männerwelt anzuerkennen. Ich bin vielmehr schon vom einfachsten Geschlechtsstandpunkt aus stets dafür eingetreten, daß, wo immer es angängig ist, die Töchter der Mitglieder genau das gleiche Recht auf Anstellung haben wie die Söhne, — wo es sich aber um qualifizierte, in mehrjähriger Lehrzeit erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten in Behandlung besonderer Warengattungen sowie um größere Anforderungen an Körperkräfte handelt, da kann von einer tarifmäßigen Gleichstellung ungleicher Leistungen nicht die Rede sein. Auch hier wäre — ob beabsichtigt oder nicht — die Hinausdrängung der weiblichen Arbeitskraft die unausbleibliche Folge. Alle die Tausende junger und älterer Mädchen, die heute in geachteter Stellung, zu besseren Löhnen als in kapitalistischen Privatbetrieben, mit uns „am Aufbau“ zu arbeiten berufen sind, wären hinausgestoßen zu den Unzähligen, die sich unter die Herrschaft des Unternehmers duden müssen, um ihm, dem Einzelnen, dem natürlichen Feinde ihrer Klasse, Mehrwert in seine Tasche zu schaffen.

Ganz sicher — wo irgend die Verhältnisse es gestatten, sollen die Genossenschaften, namentlich durch örtliche Lohnzuschläge, und zwar diese für beide Geschlechter gleichmäßig vorbildlich, durch Tarifverträge den Bestrebungen der Organisationen zu Hilfe kommen. Vor allen Dingen sollen die in Genossenschaften Beschäftigten deshalb auskömmlich besser gestellt sein als beim Kapitalisten, damit sie in freudiger Hingabe ihrer Kraft mitarbeiten können an der schnelleren Verwirklichung unserer Ziele, zunächst an der Heranziehung ihrer uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen, indem wir zusammen der Welt beweisen, daß wir „Wilden“ bessere Menschen sind! Helma Steinbach.

II.

Zur Erwiderung. Wenn Genossin Steinbach es nicht ausdrücklich behauptete, man könnte daran zweifeln, daß sie die Absicht gehabt hat, gegen meinen Aufsatz in Nr. 14 der „Gleichheit“ zu polemisieren. Wer diesen Artikel und die vorstehende Polemik dagegen liest, wird sich jedenfalls des Eindrucks nicht erwehren können, daß Genossin Steinbach sehr stark daneben redet. In meinem Aufsatz habe ich zunächst betont, daß ich die Berechtigung der gegen die gewerkschaftlichen Forderungen erhobenen finanziellen Bedenken an „dieser Stelle“ nicht untersuchen wollte und könne. Weiter bemerkte ich, daß die Bedenken aber selbst dann als übertrieben gelten müßten, wenn man die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine erheblich niedriger einschätze, als das Genossin Steinbach in dem zitierten Artikel getan hat. Daß ich etwa falsch zitiert oder die Beschlüsse des Verbandstages falsch mitgeteilt hätte, das kann auch Genossin Steinbach nicht behaupten. Sie erklärt jedoch, sie sehe in meinem Aufsatz eine „verwirrende Beeinflussung der freudigen Mitarbeit der Frauen im Genossenschaftswesen“. Ob das „verwirrende“ in ihrem Artikel oder in den Beschlüssen des Verbandstages liegt, erfährt man leider nicht. Die Vorwürfe von mangelndem „Verständnis“, „leichtfertiger Kritik“, „gedankenlos“, „verständnislos“ usw. kann ich als Beweisführung nicht gelten lassen. Genossin Steinbach gibt sich dann den Anschein, als ob sie den Nachweis führen wolle, daß tatsächlich die gewerkschaftlichen Forderungen als übertrieben zurückgewiesen werden mußten. Aber in dieser wichtigen Frage kann man sich mit dem Schein nicht begnügen. Daß Genosse v. Elm sich gegen die Dividendenjägererei gewandt hat, wie Genossin Steinbach zu betonen für erforderlich hält, ist in meinem Aufsatz mit keinem Worte bezweifelt worden. Was will da die „Feststellung“? Kein Wort ist in meinem Artikel zu lesen von dem Bäcker-tarif. Trotzdem schreibt Genossin Steinbach in der angeblichen Polemik gegen meinen Aufsatz: „Also dieser geradezu böswillig aufgebaute „Fall“ — ist gar kein „Fall“!“ Eine Frage, Genossin Steinbach: Was würden Sie einem Gegner sagen, der in der Polemik gegen Sie so — wenig vorsichtig bliebe, wie in diesem Falle Sie es waren?

Was Genossin Steinbach gegen die Forderungen der Bäcker selbst sagt, was sie gegen die Forderung des „Achtuhrabendenschlusses“ anführte, kann man bei jedem gewerkschaftlichen Kampfe in der Unternehmerpresse lesen: Diese Einwände grundsätzlich anerkennen, heißt die gewerkschaftliche Arbeit lähmen. Dazu fehlt noch der Nachweis, daß der Einwand der Konkurrenzfähigkeit überhaupt Berechtigung hat. Obwohl Genossin Steinbach meine mangelnde Einsicht kennt, hielt sie es doch nicht für nötig, ihre Behauptungen durch — Zahlen zu begründen. Warum gibt sie kein Zahlenbild über die umstrittene Lohnfrage? Bitte: heraus mit den Angaben über Löhne, Gehälter und den dazu gestellten Forderungen!

Anscheinend hat Genossin Steinbach auch nur sehr oberflächlich das gelesen, was ich zu dem Punkt: gleiche Bezah-

lung der männlichen und weiblichen Arbeitskraft geschrieben habe. Ausdrücklich bemerkte ich unter anderem: „Hätte man sagen können: die weiblichen Lagerhalter sind minder leistungsfähig als die männlichen: die Bezahlung soll nach Leistung geregelt werden, dann läge die Sache anders.“ Genossin Steinbach sucht nun nachträglich den Beschluß im Sinne meiner Kritik zu begründen, indem sie unterstellt: die Leistungen der weiblichen Lagerhalter bleiben hinter denen ihrer männlichen Kollegen zurück. Ohne es zu wollen bestätigt sie mit diesem Rechtfertigungsversuch die Berechtigung meiner Kritik. Wenn sie meinen Artikel vorurteilslos liest, wird sie das auch bestätigen. Allerdings, damit kann ihr Rechtfertigungsversuch noch nicht als gelungen bewertet werden. Mit Behauptungen und ausgesprochenen Vermutungen ist noch nichts bewiesen. Was Genossin Steinbach als berechtigte Faktoren für Lohnunterschieden anführt, zum Beispiel Kenntnisse, Fertigkeiten, Körperkräfte, sind Qualifikationen, die individuell als Maßstab angelegt werden können, die aber nicht generell weibliche und männliche Arbeitskraft als ungleichwertig scheiden. Welch untergeordneter Faktor zum Beispiel die Körperkraft als Lohnmaßstab spielen kann, erhellt sofort, wenn Genossin Steinbach die Löhne der Lagerhalter und der ersten Geschäftsführer in Vergleich stellt. Eine völlige Verkennung der Streitfrage läßt sie weiter erkennen durch die von ihr ausgesprochene Befürchtung über die eventuelle Wirkung der ausrecherhaltenen Forderung gleicher Entlohnung für männliche und weibliche Arbeitskraft. Wenn Genossin Steinbach die Ablehnung der Forderung gut heißt, weil sie meint, die grundsätzliche Anerkennung der gleichen Entlohnung würde dazu führen, daß nur männliche Lagerhalter angestellt würden, so läßt sie dabei zweifellos ihr gutes Herz sprechen. Sie vergißt aber, daß sie genau das selbe fordert als der Unternehmer, bei dem das Portemonnaieinteresse spricht. Die moderne Arbeiterbewegung kann nicht auf kulturellen Fortschritt verzichten, weil darüber kleine selbständige Existenzen zusammenbrechen können, sie kann nicht die Forderung des Kinderschutzes preisgeben, weil durch das Verbot der Kinderarbeit einzelne Eltern für einige Zeit einen merkwürdigen Ausnahmeausfall erleiden; der Wächnerinnenschutz, die Forderung des Maximalarbeitstages usw. können nicht unter dem Gesichtswinkel der Wirkungen beurteilt werden, die die Durchsetzung dieser Kulturforderungen vielleicht für einige Personen haben könnte. Alle Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung sind diktiert von dem Interesse der Allgemeinheit. Und eine grundsätzliche Forderung kann nicht darum aufgegeben, ihre Ablehnung nicht darum als berechtigt anerkannt werden, weil vielleicht einzelne Konsumvereine so handeln würden, wie das gute Herz der Genossin Steinbach befürchtet.

W. D.

Zur Dienstbotenfrage.*

Zu den vielen schwierigen Dingen, die unsere Übergangszeit für das Leben der Frau mit sich bringt, gehört auch die Dienstbotenfrage. Das Dienstverhältnis ist für Herrschaft und Dienende ein ungefähr gleich unlogisches und unrationelles Verhältnis. Ohne Dienstboten geht es tatsächlich in einer einigermaßen zahlreichen Familie der gebildeten Kreise nicht, mit Dienstboten aber geht es gleicherweise nicht gut, und man kann wirklich nicht die Schuld allein auf die Frauen werfen, wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß es recht viele gibt, die im Mädchen nur das Ausbeutungsobjekt sehen.

Unsere allgemeine Frauenbildung steht noch so unendlich tief, daß der größte Prozentsatz von Frauen sogar die berufliche Arbeit nur als Zwischenstadium zwischen Schule und Ehe betrachtet und in der Ehe nichts als die Versorgung sieht. Mit möglichst wenig Anstrengung soll ein möglichst angenehmes Leben geführt werden, zu dem der Mann die sekundären Mittel schafft. Eine wirklich gründliche Kenntnis der Hausarbeit wird fast nie mehr mit in die Ehe gebracht, und die junge Frau meint gar zu leicht, mit der Liebe sei alles getan. Es kommt ihr nicht zum Bewußtsein, daß die Ehe eben auch ein Verhältnis ist, das eine Menge höchst realer Pflichten in sich schließt, daß dem verdienenden Manne eine wenn nicht erwerbende, so doch vernünftig verwaltende Frau zur Seite stehen muß, und daß das wirtschaftliche Moment mindestens ebenso wichtig ist für das geistliche Fortkommen einer Familie, wie das seelische. Das tägliche Leben zeigt ja zur Genüge, wo die Poesie einer Ehe und Liebe bleibt, wenn liederlich gewirtschaftet wird.

Sicherlich tritt ein großer Teil junger Frauen aber auch mit dem ernststen Vorsatz in die Ehe, gut zu schalten und zu walten, und findet sich dann grausam enttäuscht, daß doch nichts so recht Erquickliches zu tun bleibt. Die Frau des Mittelstandes ist eigentlich nur Verwalterin, und so wichtig das auch ist, so genügt es doch regamen Naturen nicht, denn die eigentliche produktive Tätigkeit fehlt. Mit einiger

* Die Ausführungen dieses Artikels treffen unserer Auffassung nach in dem, was sie zur Charakterisierung der Dienstboten sagen, nicht immer ins Schwarze. Sie betrachten die Verhältnisse zu ausschließlich im Lichte der persönlichen Erfahrung einer Hausfrau, die sich ernstlich bemühte, ihren Dienstmädchen eine gute Stellung zu schaffen, die aber Mädchen erhielt, die noch nicht erzogen, oder solche, denen schlechte Stellungen Fehler anerzogen hatten. Drei, vier schlechte Dienste nacheinander verderben mehr, als eine menschenwürdige Stellung gut machen kann. Das ist abgesehen von dem zu berücksichtigen, was die Verfasserin selbst zur Erklärung der Mängel sagt, welche sie rügt. Es schien uns trotz allen abweichenden Ansichten eine Pflicht der Billigkeit, auch die Meinung der Verfasserin zu Worte kommen zu lassen, die vieles Beachtenswerte vorbringt. Die Redaktion der „Gleichheit“.

Überlegung sagt sich die Frau, daß eine Menge Verrichtungen, die früher dem Hause zufielen, heute außerhalb des Hauses vor sich gehen, und daß man nur Wasser ins Meer trägt, wenn man sich selber um Dinge müht, die draußen weit besser — den Weihnachtstuchen kann man ja ausnahmsweise noch selber baden — und billiger fabriziert werden. Vor allem kann die Stadtfrau kaum je mehr innerhalb der Hauswirtschaft wirklich Gebrauchswerte schaffen. Da liegt es sehr nahe, daß die brachliegende Kraft zum gärenden Drachengift wird, und daß eine Frau sich bemüht, sich und anderen die Beforgung der Hauswirtschaft zu einem schweren Dinge zu machen. In Deutschland, wo alles so viel „standesgemäßer“ zugeht als in meiner schweizerischen Heimat, kommt es sehr selten vor, daß junge Frauen, wenigstens bis zum ersten Wochenbett, die Wirtschaft allein besorgen. Hier gehört zum Begriff der Ehe der Dienstbote, wie zum Salon der Trumeau. Je weniger nun die junge Frau die wirklich zu leistende Arbeit kennt, desto mehr tribuliert sie ihre Angestellten. Dazu kommt noch, daß in jenen Kreisen die Arbeit leicht als etwas Entehrendes betrachtet wird, das dem Untergeordneten ohne weiteres schesselweise aufgebürdet werden darf. Die deutsche Frau ist dafür berüchtigt, und es ist zum Beispiel in der Schweiz selten, daß ein Schweizermädchen zu einer deutschen Frau zieht, dagegen suchen wir Schweizerinnen mit Vorliebe süddeutsche Mädchen, weil wir wissen, daß sie gefügiger und anspruchloser sind als unsere Landsmännchen. Es ist das natürlich, wenn man bedenkt, daß in der Schweiz alle, reich und arm, nebeneinander auf der Schulbank sitzen, während in Deutschland eine fast unüberbrückbare Kluft zwischen denen liegt, welche die Gemeinbeschulen, und denen, die die höheren Schulen besucht haben.

Wenn auch ohne weiteres zugegeben werden muß, daß zum großen Teile die Dienstmädchen furchtbar ausgebeutet werden, ein Moment, das wiederum mit dem Bestreben, mehr zu scheinen als man ist, und mit vielen anderen Erscheinungen der kapitalistischen „Weltordnung“ zusammenhängt, so möchte ich einmal die Frage vom entgegengesetzten Standpunkt, nämlich dem der Hausfrau ansehen.

Um den Dienstmädchen ein besseres Los zu bereiten, müßte man ihnen vor allem mehr Selbstbestimmungsrecht zubilligen, was sich als mehr freie Zeit, weniger kleinliche Vorschriften, größeres Vertrauen usw. in die Praxis umsetzen müßte. Ich persönlich habe mich immer bemüht, den Mädchen das Leben in meinem Hause angenehm zu machen. Ich glaube auch, daß mir das gelungen ist, denn ich habe nie Mädchen suchen müssen; ging eines wegen Verheiratung ab, so meldeten sich schon von selber andere, denen man von der „guten Stelle“ gesprochen hatte. Wenn auch der Dienst in meinem Hause schwer ist, da viel Arbeit getan werden muß, so hat das Mädchen doch jeden Abend um 7 Uhr Feierabend — ganz seltene Ausnahmen gibt es natürlich auch —, jeden Sonntag, besonders seit die Kinder größer sind, den ganzen Tag frei und auf Wunsch auch einmal in der Woche einige Mittagsstunden zum Gang in die Stadt. Das Mädchen erhält nie ein böses Wort, nur im Notfall ernste und ruhige Vorstellungen, und ich erklünde mich nach allem, was es bedrücken und erfreuen kann. Nun habe ich aber die Erfahrung gemacht, daß, wenigstens hier in Berlin, nur selten ein Mädchen reif ist, die Vorzüge, die ihm bei mir geboten sind, wirklich zu schätzen, daß die freie Zeit vor allem ein zweifelhaftes Geschenk für die Mädchen ist, da sie nicht wissen, was sie damit anfangen sollen und gar zu gern schöne Seelen suchen, mit denen sie bis ins Unendliche schwätzen und schwätzen können. Die Herrschaft scheinen sie so ziemlich durchweg als den natürlichen Feind zu betrachten, dem gegenüber eine List oder Lüge gutes Recht ist, und die größere Bewegungsfreiheit äußert sich darin, daß man sich die Arbeit möglichst leicht macht. Ich würde mir natürlich nie erlauben, dem Mädchen Vorschriften über die Verwendung seiner freien Zeit zu machen, noch mich irgendwie in das zu mischen, was sie außerhalb des Hauses treibt, aber daß ich meine persönliche Freiheit, die im Haushalt sowieso für die gewissenhafte Frau knapp bemessen ist, so oft opfere, ohne daß das Mädchen einen wirklichen Gewinn davon hat, wurmt mich doch oft auch. Es ist daher eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Dienstboten zur Freiheit erzogen werden, und zwar in der Weise, in der jede richtige Aufklärung erfolgen sollte, daß nicht nur niedergedrückt, sondern auch wieder aufgebaut wird. Vor allem aber ist es wichtig, daß zwischen Frau und Dienstboten nicht mehr der himmelweite Unterschied der vermeintlichen oder wirklichen Bildung besteht, der es sogar beim besten Willen von beiden Seiten fast unmöglich macht, daß zwischen den beiden — wenn Klatsch grundsätzlich ausgeschlossen sein soll — überhaupt ein geistiges Band sich knüpft. Heute haben, in der Großstadt wenigstens, Frau und Dienstbote absolut kein anderes gemeinsames Interesse, als, trotz der räumlichen Intimität, den nackten, kalten Ausstandpunkt.

Es wäre ungerecht, wollte man die Mädchen für das allein verantwortlich machen, was ich tabelnd erwähnt habe. Was können die Armen dafür, daß ihnen von Staats und Rechts wegen so wenig anderer Inhalt für ihr Interesse, ihr Leben geboten wird, als Puh und Männer? Will sich ein Mädchen bemühen, sich irgendwie weiter zu bilden, so hapert's und fehlt's so an allen Ecken, daß die Bildungshungrige bald mutlos wird, und es ist daher ein ungeheurer Segen, wenn von den Genossinnen aus gerade die Dienstboten aufgeklärt und so nach und nach zu höheren Interessen geführt werden. Ganz abgesehen davon, daß die Stellung des Dienstboten innerhalb der heutigen Gesellschaft schon mehr vorfindlich genannt werden muß, so leiden die Mädchen auch noch unter dem Nachteil, daß ihre Arbeit nicht einmal als ordentliches Handwerk betrachtet wird. Sie lernen nur, was der Zufall

bringt, müssen in jedem Haus wieder anders arbeiten und haben immer noch im Grunde die Überzeugung, daß es der göttlichen Weltordnung entspricht, daß es absolute Herren und absolute Diener gibt. Ich denke mein Leben lang daran, mit welchem Entsetzen mich mein erstes Mädchen hier ansah, als ich, wie ich es zu Hause immer tun mußte, meinen Rock selber ausbüttelte. Ich war dadurch sofort ein paar Klaster in ihrer Achtung gesunken. Von allen Arbeitenden haben die Diensthöten am wenigsten den Stolz ihrer Arbeit, und darum wechselt ihr Benehmen so leicht zwischen Unterwürfigkeit und Pöizigkeit.

Alle gemeinnützigen Bestrebungen, die jungen Mädchen wieder mehr dem hauswirtschaftlichen Berufe zuzuführen, werden umsonst sein, solange die Diensthöten nicht im Gefühl der Würde ihrer Arbeit, gerade so wie die übrigen Arbeiter, ihre Rechte selber verteidigen. Freilich müssen sie sich aber dabei auch bewußt werden, daß die Eroberung neuer Rechte neue Pflichten mit sich führt, und vor allem die, daß ein freier Mensch, der in der Hausgenossenschaft zwar anders arbeitet als die Arbeitgeberin, aber gleichwertig, wie sie ist, seine einmal übernommene Pflicht absolut zuverlässig erfüllt, auch wenn niemand mit der Peitsche hinter ihm steht. Diese doppelte Erkenntnis kann der Sozialismus den Diensthöten geben, und wir Frauen können es nur freudig begrüßen, wenn wir überzeugte Genossinnen als Hausgehilfinnen in unser Heim bekommen.

Zda Hány-Dur.

Berichtigung. Der Ausfall des Wortes gleich groß in einem Satz unseres letzten Leiters, das Frauenwahlrecht betreffend, hat uns zum Bewußtsein gebracht, daß dieser Satz überhaupt nicht klar genug gefaßt war. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Entschuldigung. Der fragliche Satz bezieht sich auf das beschränkte Frauenstimmrecht und steht auf Seite 124 Spalte 1 und 2. Er lautet: „Es (das beschränkte Frauenstimmrecht) hebt den letzten staatsrechtlichen Unterschied auf, der zwischen Besitzern von Vermögen besteht.“ Statt seiner soll es heißen: „Es bringt die politische Gleichberechtigung der Besitzer von gleich großem Vermögen beziehungsweise von gleichen Steuerufen.“ Die Redaktion.

Aus der Bewegung.

Weibliche Delegierte zum Internationalen Sozialistenkongress und zur Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart. Von den sozialdemokratischen Frauen der Provinz Schleswig-Holstein wurde Genossin Baumann-Altona als Delegierte gewählt. Das Mandat für die Mark Brandenburg ist Genossin Thiel-Tempelhof übertragen worden, das Mandat für die Provinz Sachsen Genossin Vollmann-Halberstadt. Vom Frauenkomitee der englischen Social Democratic Federation sind die Genossinnen Hyndman und Rough, von der Social Democratic Federation selbst Genossin Montefiore als Delegierte gewählt worden. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes hat im Juni beschlossen, als Delegierte für den Verband Genossin Faas, Gewerkschaftssekretärin, zu entsenden. Die Genossinnen Ungarns werden durch zwei Delegierte vertreten sein.

Von der Agitation. Die Leipziger Genossinnen nahmen in einer am 11. Juli stattgefundenen öffentlichen Frauenversammlung Stellung zum Internationalen Kongress und zur diesem vorangehenden Frauenkonferenz. Genossin Dunderreferierte über das Thema: Welche Bedeutung hat der Internationale Kongress für uns Frauen? Anknüpfend an Karl Marx' Wort: Proletariat aller Länder, vereinigt euch! erläuterte sie die Notwendigkeit einer Aussprache der verschiedenen Völkerschaften untereinander, die um so dringender geworden ist, als seit dem letzten, 1904 in Amsterdam stattgefundenen Internationalen Kongress eine tiefgehende Umwälzung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern stattgefunden hat. Die Frage des Frauenstimmrechts ist ebenfalls dringender zur Ausklärung bedürftig, wie die Fälle in Belgien, Schweden, Österreich, England usw. gezeigt haben. Auch die Fragen des Militarismus, Marxismus und der damit eng verknüpften Kolonialpolitik gehen die Frauen nahe an. Als Erziehenden der kommenden Generation können die Frauen am besten antimilitaristische Propaganda betreiben. Die Söhne, denen die Mütter das Solidaritätsgefühl und ihre Menschenwürde richtig einzuschähen gelehrt haben, sind für den Kapitalismus zu wirtschaftlichen und politischen Aktionen gegen das Proletariat verloren. Alle diese Fragen machen nötig, daß auf dem Internationalen Kongress tüchtige Genossinnen mit der Vertretung der Fraueninteressen beauftragt werden. Anschließend an den interessanten Vortrag wurde Genossin Luzemburg als Delegierte für die Frauen Sachsens einstimmig gewählt. A. Wehrmann.

Von den Organisationen. Der Frauenbildungsverein in Altwasser hielt Ende Juni seine erste Generalversammlung ab, die nur mäßig besucht war. Nach Eröffnung der Versammlung forderte der Überwachende die Entfernung der Kinder. Nachdem diesem Verlangen stattgegeben war, wurde eine zweite Vorsitzende gewählt. Die Wahl fiel auf Genossin Springer. Als Nachfolgerin der bisherigen Kassiererin, die ihr Amt niederlegte, stellte die Versammlung Genossin Sporer auf, welche seither zweite Schriftführerin gewesen ist. Das letztere Amt wurde Genossin Wieland übertragen. Genosse Teuber hielt hierauf einen Vortrag, in dem er die Frauen ermahnte, Schulter an Schulter mit den Männern gegen ihre Rechtlosigkeit anzu-

kämpfen. Der gesollte Beifall bewies, daß Genosse Teuber den Frauen aus dem Herzen gesprochen hatte. Es wurden acht neue Mitglieder aufgenommen. Marie Wieland.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen des Kreises Teltow-Deesow-Storkow-Charlottenburg. Die Frauenbewegung hat in unseren Wahlkreisen während des letzten Jahres bedeutende Fortschritte gemacht. Es amtieren 17 Vertrauenspersonen in folgenden Orten: Adlershof, Baumschulenweg, Brih, Charlottenburg, Cöpenick, Friedenau, Groß-Lichterfelde, Königs-Wusterhausen, Nixdorf, Schenkendorf, Schöneberg, Steglitz, Teltow, Mariendorf, Wilmersdorf, Zehlendorf und Tempelhof. In diesen Orten wurden außer den drei Kreisversammlungen 21 öffentliche Versammlungen abgehalten. An der Agitation zur Reichstagswahl haben sich die Frauen sehr rege beteiligt. Sie verbreiteten Flugblätter, sammelten Gelder, verteilten Stimmzettel, waren im Bureau tätig und haben die indifferenten und säumigen Wähler an die Wahlurne geholt. Zur Verteilung kamen 30000 Exemplare eines Aufrufs an alle Arbeiterfrauen, sowie 20000 Exemplare des Flugblatts: „Was halten die Frauen von den Reichstagswahlen?“ An Broschüren wurden verbreitet: 2000 Exemplare „Die Kinderarbeit“ von Käthe Dunder, 1000 „Schule, Kirche und Arbeiter“ von Paul Göhre, 100 „Frauenleiden“ von Dr. Jadel, sowie ein großer Teil der Dr. Vinkus'schen Broschüre über „Krebsleiden und deren Verhütung“.

Gegenwärtig bestehen im Kreise 14 Frauen- und Mädchenbildungsvereine, deren Mitgliederzahl sich zusammen auf 1500 beläuft. Die Einnahmen der Vertrauensperson betragen 1619,02 M., die Ausgaben 1533,27 M., so daß sich ein Bestand von 85,75 M. ergibt. — In mehreren Orten, die keine Frauenbildungsvereine haben, wird für dauernde Aufklärung durch Diskutierabende gesorgt, die bisher von gutem Erfolg waren. Die „Gleichheit“ hat in letzter Zeit eine immer größere Verbreitung gefunden, so daß sie jetzt in ungefähr 2000 Exemplaren gelesen wird. Die größeren Frauenvereine besitzen eine umfangreiche Bibliothek, die von sehr vielen Mitgliedern benützt wird; auch stellen uns die Genossen ihre Bibliothek gern zur Verfügung. Es wird also in verschiedener Weise für die Weiterbildung der Frauen gearbeitet, wobei uns die Genossen nach Möglichkeit unterstützen. Mit der Polizei hat die proletarische Frauenbewegung schwer zu kämpfen. Nicht nur daß die von unpolitischen Frauenvereinen abgehaltenen unpolitischen Versammlungen polizeilich überwacht werden, kommt es der Polizei auch nicht darauf an, unter den wichtigsten Vorwänden Frauen aus öffentlichen Versammlungen auszuweisen, zu denen sie gefehlich Zutritt haben. Selbst an Ausflügen von Versammlungen fehlt es nicht, weil Frauen dort anwesend waren. Auch auf andere Weise betätigt die Polizei einen regen Eifer. So erhielt die Vertrauensperson der Genossinnen ein Strafmandat über 30 M., weil sie bei einer Kranzniederlegung die vier staatsgefährlichen Worte gesprochen: „Wir ehren dein Andenken!“ Das Gericht hat diese Strafe nachträglich als zu recht erfolgt anerkannt. Jedemfalls können wir den Behörden nur dankbar sein für eine derartige unfreiwillige Agitationsarbeit, uns Nähe und Kosten zu ersparen! Bis jetzt haben sich der hiesigen Frauenbewegung 2300 Frauen und Mädchen angeschlossen. Aber trotz der unleugbaren großen Fortschritte gibt es doch noch viel zu tun. Gar manche Leserin der „Gleichheit“ legt die Hände in den Schoß, statt unter ihren Freunden und Bekannten eine rege Agitationsarbeit zu betreiben und uns neue Anhängerinnen zu werben. Heilige Pflicht ist es für alle Frauen, die sich zu uns bekennen, ihre ganze Kraft für unsere Bewegung einzusetzen. Ein weites Arbeitsfeld — auch auf gewerkschaftlichem Gebiete — liegt noch brach. Möchten diese Zeilen zu einem Ansporn werden, daß viele der noch lässigen Genossinnen fortan mit höchster Energie für die Stärkung und den Ausbau der Organisation und für die Aufklärung und Bildung der Massen arbeiten. Es gilt, Schulter an Schulter mit den Männern gegen die Übermacht des Kapitals und die Ungerechtigkeit der bestehenden Ordnung Sturm zu laufen! Marie Thiel.

Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Eine proletarische Frauenorganisation hat wieder einmal daran glauben müssen, daß es noch ein Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen gibt und eine wohlthätliche Obrigkeit auch. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Lichtenbergs bei Berlin hielt im Juni eine Vereinsversammlung ab. In der Diskussion sagte ein Redner: „Die Referentin hat leider nur zu recht, wenn sie die heutigen Schulverhältnisse als ungenügend hinstellt. Unsere Schulen befinden sich nicht auf der Höhe der Zeit, das beweisen die Tausende von Analphabeten. Gesangbuchverse und Bibelsprüche lernen die Kinder in Hülle und Fülle, Lese- und Geschichtsstunden sind meißt auch nichts weiter als Religionsstunden, und für den übrigen Unterricht bleibt zu wenig Zeit übrig.“ Diese Sätze hatten den preussischen Staat offenbar so ins Wackeln gebracht, daß der überwachende Gendarm fürsorglich mit dem Zwischenruf dazwischen fuhr: „Wenn der Redner so fortfährt, löse ich die Versammlung auf.“ Und der Redner konnte nicht gegen die Wahrheit, er mußte „so“ fortfahren und sagte noch die staatsgefährlichen Worte: „Unsere Schulen befinden sich in einem Zustand, der unhaltbar ist und den Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht. Teilweise befinden sie sich in einem miserabel zu nennenden Zustand.“ Weiter gedieh ihm sein Frevel nicht. Die behelmte Staatsweisheit und Staatsforge erklärte die Versammlung für aufgelöst. Der Verein erhob natürlich Beschwerde gegen die ungerechtfertigte Maßregel, allein der Herr Landrat des Kreises wußte, was er seinem Amte schuldig war: er lehnte die Beschwerde ab,

weil die Versammlung „politische Gegenstände“ erörtert habe. Ghe aber noch die weitere Beschwerde und das Verwaltungsireitverfahren in der Angelegenheit erledigt ist, trat eine andere Obrigkeit in Funktion und rettete den preussischen Staat noch gründlicher. Der Amtsvorsteher hat den Bildungsverein vorläufig aufgelöst. In seiner Verfügung heißt es, dieser habe in seiner Mitgliederversammlung laut Bericht des Gendarmeriewachmeisters „mehrfach politische Angelegenheiten erörtert und dadurch die im § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 gegebenen Vorschriften dadurch verlegt“. Ob die Behörden wohl so stolz bei der Hand gewesen sein würden, die Erörterung der preussischen Schulverhältnisse zu einer „politischen Angelegenheit“ und Moritat zu stampeln, wenn in der Versammlung ein Loblied auf das weltverrufene Schulleid in Preußen angestimmt worden wäre. Die Antwort erübrigt sich. Vielleicht haben preussische Behörden die läbliche Absicht, durch ihre Praxis des Vereins- und Versammlungsrechts zu beweisen, wie notwendig die Schaffung eines freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts für das ganze Reich ist. Der Reichstag wird sich ja in der nächsten Session mit der Materie beschäftigen. Die Behörden arbeiten einer Reform in dankenswerter Weise vor. Die unfreiwillige Förderung einer Sache ist nicht immer die unwirksamste.

Politische Rundschau.

Die offiziöse Ankündigung, daß das aufgefrischte preussische Ministerium nicht daran denkt, dem Liberalismus für seine Blokdienste eine Reform des preussischen Wahlrechts zu beschaffen, hat keineswegs eine besondere Aufregung im Lager des Freisinn hervorgerufen. Kaum ein Säufeln ging durch die Blätter des Linkliberalismus, geschweige denn ein Sturm des Protestes. Der Freisinn bringt allenfalls noch einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts im Landtag ein, zu einer ehrlichen Aufregung über die ablehnende Haltung der Regierung aber langt's nicht mehr. In der „Hilfe“ predigt Naumann seiner Partei politische Bescheidenheit als das beste Mittel, zu einer Änderung des preussischen Wahlrechts zu kommen und stellt daher schon jetzt fest, daß der Freisinn sich eventuell auch mit weniger begnügen könne, als er in seinem Wahlrechtsantrag fordert — zweifellos das beste Mittel, um die Regierung zu der Überzeugung zu bringen, daß es dem Freisinn mit seinem Reformverlangen nicht allzu ernst ist. Die „Frankfurter Zeitung“ aber schließt gar aus einer ganz unverbindlichen Wendung jener offiziösen Abweisungsnotiz in der „Neuen Politischen Korrespondenz“, wonach man bei der nächsten Tagung des Landtags mehr als eine generelle Stellung zur Wahlrechtsfrage von der Regierung nicht erwarten dürfe, daß man sich in „unterrichteten politischen Kreisen“ die Sache „immer so gedacht“ habe. Dieses demokratische Blatt will schon zufrieden sein, wie es mit staatsmännischem Gebahren erklärt, wenn die Regierung in der kommenden Landtagssession nur bei irgend einer Gelegenheit zugibt, daß das Dreiklassenystem nicht mehr zu halten sei und im Anschluß daran die Grundlinien einer Reform darlegt, die dem 1908 zu wählenden Landtag vorgelegt werden solle. Bedingungen an den Inhalt dieser Reform zu stellen, hält das demokratische Blatt nicht für nötig oder angebracht. So wird der Regierung von links-liberaler Seite selbst der Weg gezeigt, auf dem sie den Freisinn noch längere Zeit am Narrenseil und im Blochhause führen kann. Ein paar schwächliche Worte über die Verbesserungsfähigkeit des Landtagswahlrechts und einige nebelhafte Andeutungen über eine zukünftige Reform werden genügen, den Freisinn für längere Zeit zum treugehorsamen Bloklakaien zu machen, der sich hüten wird, der Regierung des Herrn Bülow durch eine Aufrüttelung der öffentlichen Meinung wider die preussische Dreiklassenwahlverhältnisse zu bereiten. Was unter diesen Umständen bei einer Wahlreform herauszukommen würde, die das preussische Ministerium auf die untertänigen Bitten eines pflaumenweichen Freisinn und unter den entschlossenen Drohungen der eisenharten Junker ausarbeiten würde, das läßt sich ohne viel Kopfzerbrechen voraussagen. Es würde eine Reform werden, die einen Hohn auf ihren Namen bedeutete, die das empörende Unrecht des Dreiklassenystems in eine neue Form göße, die die Wahlentrechtung des Proletariats bestehen ließe und selbst die politische Herrschaft der Junker nicht antastete, wenn auch schandenhalber den Kapitalisten eine etwas stärkere Vertretung eingeräumt werden würde, als sie zurzeit unter dem jetzigen Wahlsystem erlangen können. Und dabei ist es noch fraglich, ob die Regierung Preußens auch nur eine solche Karikatur einer Wahlreform zu machen bereit ist, ob sie es nicht etwa für besser erachtet, das miserabelste aller Wahlssysteme ruhig weiter bestehen zu lassen. Jedemfalls tun die Konservativen alles, sie dahin zu bringen. Diese brutalen Machtpolitiker, die konsequent an ihrer erfolgreichsten Methode festhalten, auch nicht die kleinste ihrer Positionen ohne Kampf aufzugeben, lassen in guter Berechnung ihre Presse jede noch so zahme liberale Bemängelung des Dreiklassenwahlrechts, jede noch so leise freisinnige Bitte um Änderung des Wahlsystems mit wahren Wutausbrüchen beantworten. Ihre Organe stellen sich, als bedeute die Antastung des preussischen Wahlrechts den Umsturz aller Ordnung und Autorität, die völlige Entrechtung der Junkerschaft. Die „Kreuzzeitung“ versichert jüngst, daß das Drängen nach Wahlreform in Preußen unter Verweisung auf das Beispiel der süddeutschen Staaten den Junkern die Freude am Reich verderbe, daß „die guten Preußen“ sich jetzt bisweilen die Frage vorlegen, ob die Gründung des Reichs für sie wirklich ein Segen gewesen sei. Und das Organ der Landbändler, des dicken Orfels

„Deutsche Tageszeitung“ denunzierte die Wahlreform als ein Verbrechen an der Monarchie, da sie der auf den Umsturz der monarchischen Ordnung ausgehenden Sozialdemokratie Vorteile bringe.

Der besondere Anlaß zu dieser künstlichen Aufregung ist das Wahlreformprojekt, das für das Königreich Sachsen angekündigt worden ist. Es ist eine ekelhafte Frage einer Wahlreform, in allen seinen Teilen bestimmt durch die Nichtsicht, daß das sächsische Proletariat niemals auch nur eine starke Minderheit im Landtag haben darf, daß die Besitzenden für alle Zeit die Garantie der absoluten Mehrheit haben sollen. Zu diesem eblen Zwecke sind die verschiedensten Wahlsysteme zu einem widrigen Flickwerk zusammengewürfelt. Plural- und Proportionalssystem, Wahlen durch kommunale Körperschaften sind die Mittel. Zwiefach wird das Privilegium der Besitzenden verankert. Bei der Wahl der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden 42 Abgeordneten haben alle Wähler, die mehr als 1800 Mk. Einkommen haben, oder einen bestimmten Satz Grundsteuer zahlen oder das Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis besitzen, eine Zuschlagstimme. Neben diesen 42 Abgeordneten aber werden noch 40 von Kommunalverbänden gewählt werden, und zwar in den großen Städten gemeinsam von den Stadträten und Stadtverordnetenkollegien, in den übrigen Landesteilen von den Bezirksversammlungen. Da diese kommunalen Körperschaften, gewählt auf Grund volkrechtlicher Wahlsysteme, stets eine sichere und erhebliche Mehrheit von Vertretern der Besitzenden aufzuweisen haben, so bedeutet die Zuweisung von 40 Abgeordnetenmandaten an die kommunalen Körperschaften die Reservierung von rund der Hälfte der Landtagsitze für die besitzende Klasse. Damit ist die Sozialdemokratie dazu verurteilt, unter diesem Wahlsystem stets in der Minderheit zu bleiben. Wenn freilich die 42 Mandate, die in den allgemeinen Wahlen vergeben werden, nach der Mehrheit in den Wahlkreisen befehlt würden, so wäre — wenigstens theoretisch — die Möglichkeit gegeben, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit im Landtag gewänne; wenn sie nämlich trotz des Zweistimmenrechts der Besitzenden und des Mittelstandes in allen den 42 Wahlkreisen die Mehrheit erlangte. Damit dieser Ausnahmefall, mit dem praktisch allerdings wohl kaum zu rechnen wäre, nicht eintreten könne, ist die Verhältniswahl vorgesehen. Nicht die Mehrheiten in den einzelnen Wahlkreisen, sondern die Gesamtzahl der Stimmen im ganzen Lande in ihrem Verhältnis zur Zahl der Wahlkreise bestimmt die Anzahl der Mandate, so daß der Minderheit stets einige Mandate zufallen müssen, und es einer Partei niemals möglich ist, alle 42 Mandate der allgemeinen Wahlen zu gewinnen. So wird das Proportionalssystem, das gerechteste aller Wahlsysteme, hier zum Hort der Ungerechtigkeit, und selbst wenn die Sozialdemokratie die überwiegende Mehrheit des sächsischen Volkes in sich vereinigte, sie müßte unter dem Wahlrecht des Ministeriums Hohenthal stets eine Minderheit im Landtage bleiben. Man will dem sächsischen Proletariat ein Wahlrecht geben, das es niemals zur politischen Macht gelangen läßt, ein Scheinwahlrecht, das ihm lediglich gestattet, Redner in den Landtag zu senden, niemals aber Befehlshaber und Regierer, ein System, das auch eine etwaige sozialdemokratische Volksmehrheit zwingen soll, sich von der nichtsozialdemokratischen Minderheit beherrschen zu lassen.

Das ist das Wahlreformprojekt des Grafen Hohenthal, das die konservative Presse nicht bloß Sachsens, sondern auch Preußens wie eine Art Umsturzwerk aufgenommen hat. Sie weiß natürlich ganz gut, daß das Wahlrecht des Grafen Hohenthal den Landtag vor der Überflutung mit sozialdemokratischen Abgeordneten sicher schützt, aber die rote Gefahr dient ihr auch nur als Vorwand für ihren Protest, so ungern sie auch eine Anzahl der unerbittlichen sozialdemokratischen Kritiker und Kontrolleure in den fast sozialistischeren Landtag Sachsens wieder einziehen sehen, dem sächsischen Agrarier graut vielmehr vor einer Beschneidung ihrer Macht zugunsten der Industriellen. Sie gönnen dem mobilen Kapital keinen größeren Anteil an der Mandatsbeute, sie möchten das hochindustrielle Sachsen weiter als agrarische Domäne behalten und ausbeuten, wie sie es bisher unter dem Dreiklassenwahlrecht, das ihnen die Mehrheit garantierte, vermochten. Aus diesem Grunde hat der Landesvorstand der sächsischen Konservativen sich gegen den Entwurf erklärt und die Ausarbeitung eines Gegenprojekts beschloffen, während die Nationalliberalen des Landes umgekehrt die Vorlage freudig begrüßen.

Die Konservativen Preußens sekundieren ihren sächsischen Vettern nicht bloß aus uneigennütziger Sympathie. Sie sagen sich nicht mit Unrecht, daß eine antiagrarische Wahlreform in Sachsen auch die Dinge in Preußen ins Rollen bringe, das Drängen der preussischen Liberalen nach Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts verstärken muß. Sie verteidigen in Sachsen ihre Herrschaft wie in Preußen. Daß eine aus dem preussischen Ministerium kommende Wahlreform gegen die Sozialdemokratie mindestens ebenso starke Sicherungen trafe, wie die Vorlage des Grafen Hohenthal, das wissen sie ja nur zu gut. Was sie befürchten, ist Stärkung des Liberalismus, der Vertretung der Industrie auf Kosten ihrer, der Vertretung „notleidender“ Landwirtschaft Macht.

Der Reichskanzler hat jüngst einem französischen Journalisten versichert, Konservativen und Liberale unterschieden sich in schärferer Weise eigentlich nur noch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, die nach Abschluß der Handelsverträge zurzeit nicht zur Debatte stehe — auf den anderen Gebieten könne man sich verständigen. Er hat nicht so ganz unrecht. Auch in der Wahlrechtsfrage würde sich der Liberalismus gern mit den Konservativen verständigen, wenn ihm seine Bloßbrüder nur ein ganz, ganz kleines Angebot

machen wollten. Aber daran fehlt's. Die Konservativen wollen nicht das geringste von ihren „Rechten“ herausgeben und drohen damit, wenn der Liberalismus auf seinem Wahlreformverlangen bestehet, den nationalen Block sein zu lassen und wieder mit dem Zentrum zusammenzugehen. Wenn das Zentrum eine Partei von Grundsätzen wäre, wenn es die Volkspartei wäre, die es zu sein vorgibt, so müßte es dieses Angebot als schlimme Beleidigung ablehnen. Denn das Zentrum behauptet ja auch ein Gegner des Dreiklassenwahlrechts, ein Kämpfer für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu sein. Es hat einen dem freisinnigen gleichen Wahlrechtsantrag im Landtag eingebracht. Wie wenig ernst es ihm aber mit diesem volksfreundlichen Setze ist, geht wohl am besten aus dem Umstand hervor, daß es jetzt sich nicht etwa anschießt, den Freisinn vorwärts zu treiben, sondern daß es sich in hämischer Schadenfreude über die Abweisung der freisinnigen Bitten durch die Konservativen ergeht. So verrät die angebliche Volkspartei den eigenen Antrag um engster Fraktionsinteressen willen.

Um so kläglicher mutet bei alledem das Verhalten des Freisinns an. Anstatt die eigenartige Situation energisch zu seinen Gunsten auszunutzen, anstatt durch kräftigen Vorstoß die Regierung und die Parteien zu zwingen, noch vor den Wahlen von 1908 Farbe zu bekennen, das Zentrum also zur Festlegung vor seinen Wählern zu bringen und so den Konservativen die Rückendeckung beim Zentrum unmöglich zu machen, gibt er alle Trümper aus der Hand und erklärt sich bereit, abzuwarten. Entweder fehlt ihm schon jegliche Kraft und Einsicht zu energischer Politik, oder — sein Wahlrechtsantrag war nichts weiter als ein Mittel zum Wählerfang. Auf jeden Fall erweist die Klassenbewusste Arbeiterschaft Preußens aus diesem Gebaren des Freisinns, daß sie im Wahlrechtskampf nur auf sich selbst zu rechnen hat.

In England haben zwei Nachwahlen den erfreulichen Beweis erbracht, daß die sozialistische Idee unter den Arbeitern marschiert. Zwei bisher bürgerliche Wahlkreise, Jarrow und Colne Valley, sind von Sozialisten erobert worden.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Patentpatriotismus der deutschen Unternehmer zeigt sich wieder einmal im hellsten Lichte. Der Schiffsgewaltige Ballin in Hamburg hat 50 Chinesen als Heizer und Kohlenzieher des Norddeutschen Lloyd für die Dampferlinien nach Brasilien, Kuba und La Plata angeworben. Der Herr Generaldirektor der genannten Gesellschaft will die anspruchsvollen chinesischen Lohnbrüder als Ersatz für die „teuren“ deutschen Volksgenossen einführen, die „froh“ genug gewesen sind, als „meuternde“ Lohnflauen menschenwürdige Entlohnung und Behandlung zu fordern. Der letzte Streik der Seeleute soll den Anlaß zu der echt patriotischen Maßregel gegeben haben. Hoffentlich muß Herr Ballin die Erfahrung machen, daß die Erwartungen eitel waren, die er auf die Einführung der billigen und willigen Streikbrecher aus dem himmlischen Reiche der Mitte setzte. Jedenfalls aber sollte sein Tun das gutgesinnte Pack zur Vorsicht mahnen, daß so gern den Patriotismus der Besitzenden gegen die Vaterlandslosigkeit des Proletariats auftrumpft.

Der Maurerverband lehnte bekanntlich auf seiner letzten Generalversammlung eine Erhöhung der Beiträge ab, da die Klassenverhältnisse befriedigend waren und nach der Meinung der Zentralleitung in nächster Zeit größere Kämpfe nicht in Aussicht standen. Nun hat er sich infolge der unerwartet eingetretenen Berliner Aussperrung genötigt gesehen, eine Extrasteuer im Gesamtbetrag von 6 Mk. pro Mitglied zu erheben. In einem Mahnwort an die Mitglieder schärft diesen das Verbandsorgan mit trefflichen Ausführungen die Notwendigkeit größter Opferwilligkeit ein. Es tritt dabei der Meinung entgegen, daß durch die Stärke der Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer der Kampf zwischen Arbeit und Kapital mildere Formen annehmen werde und daß die Kapitalisten dank steigender Einsicht größere Bereitwilligkeit zum Verhandeln zeigen würden. „Wer Augen hat, zu sehen, und Ohren hat, zu hören, dem kann es nicht entgehen, daß wir uns in immer schnellerem Tempo dem Zeitpunkte nähern, wo die zwei Mächte härter denn je aufeinander prallen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, dann steht das Baugewerbe in diesem Kampfe im Vordertreffen“, sagt der „Grundstein“, und er hat im wesentlichen recht.

Der Tabakarbeiterverband hat in den letzten Jahren schwere Kämpfe zu bestehen gehabt, die seine finanziellen Kräfte stark in Anspruch nahmen; die Arbeiterinnen waren an diesen Kämpfen in erheblichem Maße beteiligt. Wir haben schon öfter an dieser Stelle auf die besonderen Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen diese Organisation bei der Erfüllung ihrer Aufgaben kämpfen muß. Kaum daß die Zigarettensteuer eingeführt worden ist und die Tabakindustrie, besonders aber die Arbeiter und die zahlreichen Arbeiterinnen der betreffenden Branche, schwer schädigt, spült jetzt schon wieder die Idee einer Tabak- und Zigarrensteuer herum. Der schlappe Reichsfaktel soll besser gefüllt werden. Ungeachtet der schwierigen Position hat der Tabakarbeiterverband jederzeit redlich seine Kräfte eingesetzt, um die Tabakarbeiterchaft vor Degeneration zu bewahren. Große und opferreiche Kämpfe sind ihm dabei nicht erspart geblieben. Nach dem großen Streik der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen im Jahre 1905 steht der Verband jetzt abermals in einem nicht minder schweren Kampf, an dem besonders Arbeiterinnen beteiligt sind. In Gießen und Umgebung sind 1025 Arbeiterinnen und 121 Arbeiter bereits sechs Wochen lang ausgeperrt. Die Unternehmer hatten für dieses Jahr eine geringe Lohnaufbesserung versprochen, die jedoch ausblieb.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter bestanden und bestehen auf Erfüllung des Versprechens. Die Herren Kapitalisten beantworteten ihre entsprechende Forderung mit dem Ansinnen, „ihr“ Arbeitspersonal solle aus der Organisation austreten. Wider Erwarten der Fabrikanten betätigen die Ausgesperrten eine musterhafte Einigkeit und Geschlossenheit. Wir zweifeln nicht daran, daß die gesamte organisierte Arbeiterklasse Deutschlands die Tabakarbeiterinnen und -arbeiter in ihrem gerechten Kampfe in weitestgehendem Maße unterstützen wird, zumal da sie gegenwärtig für größere Kämpfe keine materiellen Opfer zu bringen hat. Wie die Textilarbeiter, so gehören die Ausgebeuteten der Tabakindustrie zu den Arbeiterkategorien, die ganz besonders dringend einer Aufbesserung ihrer Löhne, einer Hebung ihrer gesamten Arbeits- und Existenzbedingungen bedürfen. Und wie in der Textilindustrie, so kommen auch in der Tabakindustrie besonders große Massen von Frauen und Mädchen als Ausgebeutete in Betracht. Das muß unseren Genossinnen stets gegenwärtig sein. Davon abgesehen, daß sie jederzeit mit größtem Eifer auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen beider Kategorien bedacht sein müssen, haben sie auch ihre Kämpfe tatkräftig und opferwillig zu unterstützen. Wir sind überzeugt, unsere Genossinnen werden mit ihrem Scherflein und ihrer Hilfe für die wackeren Kämpferinnen und Kämpfer in Gießen nicht in letzter Reihe stehen.

Im Textilgewerbe ist abermals ein großer Kampf ausgebrochen, der möglicherweise weite Gebiete der schlesischen Leinenindustrie erfassen wird. Die schlechtentlohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen einer Firma in Landshut hatten um Lohnerhöhungen nachgesucht, die ihnen rundweg abgeschlagen wurden. Alle Versuche der Organisationsleitung, eine Einigung herbeizuführen, sind gescheitert. Infolgedessen sperrten die Unternehmer am 18. Juli 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen aus.

In der Konfektionsbranche in Königsberg errangen die Arbeiter und Arbeiterinnen dank ihrer Einigkeit und Geschlossenheit einen schönen Erfolg: durchschnittlich 25 Prozent. Die lokale Freisinnspresse hatte sich selbstverständlich mannhafte auf Seiten der Unternehmer gestellt, obgleich die Arbeitsbedingungen der kämpfenden Proletarier die denkbar elendesten waren. Nun gilt es für sie, eifrig bemüht zu sein, sich das Errungene zu erhalten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß gerade in der Konfektionsbranche die Unternehmer es mit dem Innehalten des Versprochenen nicht allzu genau nehmen. Dieser Neigung zum Wortbruch kann nur durch die Organisation entgegengetreten werden, der nach Tarifabschlüssen die große und nicht eben leichte Arbeit zufällt, die „unsicheren Kantonisten“ zu revidieren und zur Gewissenhaftigkeit zu erziehen.

Die Verschmelzung des Konditorenverbandes mit dem Bäckerverbande ist am 1. Juli perfekt geworden. Das Organ und der Verband der Bäcker haben dementsprechend neue Titel angenommen. In der letzten Nummer des Blattes fällt uns ein Artikel auf: „Arbeiterinnensang“, der für unsere Leserinnen besonders Interesse hat. Er kritisiert eine der bekannten Sparpraktiken, die in einer Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik in Übung steht. Die Firma scheint nicht an Überfluß weiblicher Arbeitskräfte zu leiden, das Warum ist leicht zu erraten. Sie verbreitet deshalb auf dem Lande Zirkulare, nach welchen den Arbeiterinnen der Eintritt in ihren Betrieb recht verlockend erscheinen soll. Die Firma verspricht nämlich, daß sie für jede Arbeiterin ihres Betriebes alljährlich eine Einlage in ein Sparkassenbuch einschreiben lasse. Die Einlage soll im ersten Jahre 10 Mark sein und regelmäßig bis zu einem Jahresbetrage von 120 Mark steigen. Auf diese Weise würde sich nach 12 Jahren Arbeit bei der Firma, Zins und Zinseszins eingerechnet, ein „Kapitalchen“ von etwa 1000 Mark angesammelt haben. Das klingt verführerisch und mag gänzlich unerfahrene Arbeiterinnen locken, auf den Köder anzubeißen. Aber die denkende Arbeiterin wird nicht auf den Sparleim steigen. Sie kennt ihre Pappenheimer und weiß recht gut, daß der Unternehmer noch nicht geboren ist, daß aber seine Eltern schon tot sind, die aus purer Menschenfreundlichkeit aus seiner Tasche die Spareinlagen zahlen würden. Was als Geschenk erscheint, das die kapitalistische Linke gibt, hat die kapitalistische Rechte zuvor der Arbeiterin an Lohn genommen. Die Freigiebigkeit des Kapitalisten und sein Bemühen, zur Tugend der Sparsamkeit zu erziehen, hat als Gegenstück Hungerlöhne der Arbeiterinnen und eine jammervolle Existenz. Gleichzeitig soll die Einlage eine Kette sein, welche die Proletarierinnen an den Betrieb fesselt, und ein Knebel, der ihnen den Mund schließt, wenn ihre Leiden sie begehrt machen könnten. Die Arbeiterinnen danken für Obst! #

Aus dem Reiche der rheinischen Textilindustrie. Die Seidenstoffweberei von Virks & Co. in Kempen feiert in nächster Zeit ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum. Die „Herren“ Meister sind eifrig bemüht, diesen Tag festlich zu gestalten; vor allem sollen die armen Fabrikdirektoren beschenkt werden. Den Arbeitern und Arbeiterinnen wird zu diesem Zweck angeordnet, je 1,50 Mk. von ihrem lärglichen Lohn zu opfern. Da die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Betriebe viel zu wünschen übrig läßt, wäre es vielleicht angebracht, wenn von den sauer erworbenen Arbeitergroßknigges „Umgang mit Menschen“ in einer genügenden Anzahl von Exemplaren für die Herren „Vorgesetzten“ angeschafft würde; auf diese Art dürfte sich das unfreiwillige Anlagkapital für die Arbeiter möglicherweise rentieren!

In M.-Gladbach dauern die Lohnbewegungen fort. Bei der Firma Kruchen gaben sich die Arbeiter mit einer fünfprozentigen Lohnerhöhung zufrieden, da auch diesmal der Fabrikantenverband zur Bewegung Stellung nahm und

eine Aussperrung androhte. Gelegentlich einer Differenz in der Buntweberei Gebrüder Cron, in Folge welcher die Arbeiter gelündigt hatten, faßte der Fabrikantenverband den Beschluß, diese Arbeiter während 3 Monaten in keiner Fabrik einzustellen. So werden die Arbeiter in der Stadt der allerchristlichsten Sozialpolitik von den Unternehmern mit der Hungerpeitsche behandelt! Die Arbeiter der Firma Aschaffenburg errangen neben einigen Lohnaufbesserungen das bemerkenswerte Zugeständnis, daß während der Sommermonate die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt wird. — Miserable Zustände herrschen im Düffeldorfer Textilwerk. Die Spinnerinnen verdienen bei täglich elfstündiger Arbeitszeit in 14 Tagen 12 bis 20 M. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. Die Ablehnung winziger Forderungen gab den Ketterscherern Veranlassung zur Kündigung.

In Kondsorf gärt es gewaltig unter den Arbeiterinnen der Bandfabrik J. H. v. m. Bauer Sohn. Die Firma versucht, bei den Seidenwinderinnen die Akkordarbeit einzuführen. Die Arbeiterinnen glauben sich durch dieses Lohnsystem benachteiligt und verlangen einen Mindestlohn, der dem jetzigen Verdienst von 12 bis 14 M. pro Woche gleichkommt. Sie haben inzwischen die Kündigung eingereicht.

Man ersieht aus alledem, daß die Textilarbeiter im Rheinland unter den ungünstigsten Verhältnissen leiden. Am schlimmsten sind jedoch die Zuteppinnerei- und Webereiarbeiter daran, wie Beispiele aus Beuel und Bonn beweisen. In Beuel hat der Deutsche Textilarbeiterverband seine Werbekraft entfaltet und die Mehrzahl der Arbeiter hat sich in ihm organisiert. Dadurch ist der Direktor veranlaßt worden, die schlimmsten Auswüchse kapitalistischer Ausbeutungsgier zu mildern. Dagegen herrschen in Bonn, wo die Organisation noch im Anfangsstadium steht, geradezu trostlose Zustände. Werbeagenten haben Arbeitskräfte aus aller Herren Länder nach dort geschleppt, wo sie in ihrer Unbeholfenheit und Unkenntnis ein willkommenes Ausbeutungsobjekt sind. Ihre Mittellosigkeit wird benützt, um sie an den Betrieb durch Vorschüsse zu fesseln, die ratenweise von dem winzigen Wochenverdienst von 8 bis 16 M. zurückgezahlt werden müssen.

Die Art der Behandlung dieser Arbeiter erinnert lebhaft an die Zeit der antiken Sklaverei. Besonders der Portier des Betriebs soll wie ein echter Sklavenhalter haufen. Schimpfworte aller Art hat er stets in Bereitschaft, und seine größte Sorge besteht darin, die Arbeiter vor Aufklärung zu schützen. Der Mann ist ängstlich darauf bedacht, daß keine Laufzettel oder Flugblätter der Organisation in die Fabrik kommen. Er scheut zu diesem Zwecke selbst vor körperlicher Visitation der Arbeiter nicht zurück. Die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erhalten auch gelegentlich von dem „liebenswürdigen“ Herrn Knäffe und Püffe. Auch soll es passieren, daß die Arbeiterinnen vom Meister oder Portier von den Aborten weggeholt werden. Diese Zustände sollten den in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen eine ernste Mahnung sein, sich ihre mit Füßen getretene Menschenwürde zurückzuerobern. Dazu bedürfen sie der Organisation. Darum gilt für die Arbeiterinnen sowohl wie für die Arbeiter die Losung: Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband! W. K.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die vom Konsumgenossenschaftstag in Düsseldorf angenommene Resolution in bezug auf das Lohn- und Arbeitsverhältnis der Konsumvereinsangehörigen (siehe die vorige Rundschau und den Artikel von W. D.) hat, wie zu erwarten war, zu lebhaften Kontroversen geführt. In einigen rheinisch-westfälischen Parteiblättern wurde ein Artikel abgedruckt, der sich gegen den Beschluß wendet. Dagegen polemisierte Genosse v. Elm in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und in einigen Parteiblättern in einem Aufsatz über „Sozialreform und Konsumvereine“. Der „Vorwärts“ hat eine referierende Übersicht der Polemik gegeben. In Gewerkschaftskreisen, besonders in den direkt interessierten der Konsumvereinsangehörigen, hat die fragliche Resolution scharfe Kritiken gezeitigt. Das in erster Linie in Frage kommende Organ des Lagerhalterverbandes, „Die Monatsblätter“, meint, es scheine, v. Elm wolle durch seine Rede auf dem Genossenschaftstag „endgültig mit der Arbeiterschaft brechen“. Es sei notwendig, ihn „abzuschütteln“, damit ihn die Gegner nicht gegen die Gewerkschaften auspielen könnten. Das Handlungsgehilfenblatt nennt den Vorgang eine „scharfe Absage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an die Gewerkschaften“. Der Einsche Vortrag sei eine „Diskreditierung der Gewerkschaften“. Elm habe sich „als einen Mann gekennzeichnet, den man nicht mehr ernst nehmen darf, und mit dem man nicht polemisieren könne, weil er heute das Utopie nennt, was er morgen als vollendete Wirklichkeit bezeichnet“. — In der Form gemäßigter, in der Sache ebenso scharf nehmen der „Courier“, Organ des Transportarbeiterverbandes, die Fachzeitung der Schneider, der „Proletarier“ des Fabrikarbeiterverbandes und der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker Stellung.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ äußerte sich unter anderem folgendermaßen zur Sache: „Diese Resolution unternimmt den durchaus verfehlten und nachteiligen Versuch, das Interesse der Genossenschaften mit dem der konkurrierenden Privatbetriebe zu identifizieren und die Arbeiter auf Forderungen zu beschränken, die nicht bloß in der Privat-

wirtschaft durchführbar, sondern auch bereits tatsächlich durchgeführt sind, weil sonst die Konkurrenzfähigkeit der Konsumvereine gehemmt würde. Das heißt in der Praxis nichts anderes, als das Niveau der Arbeitsbedingungen der rückständigeren Kleinbetriebe als Maßstab für die Eigenbetriebe der Arbeiter proklamieren, denn um die Kleinbetriebe handelt es sich vorwiegend bei der Konkurrenz. . . Mit diesem Beschluß (ein früherer ist gemeint) tritt die neue „grundsätzliche“ Resolution in strikten Widerspruch, denn keine der Stuttgarter Forderungen ist ohne weiteres bei den privaten Unternehmern „durchzusetzen“, so daß die neue Resolution den früheren Beschluß tatsächlich aufhebt, zum wenigsten die Neigung, ihn durchzuführen, eher schwächen als befestigen dürfte. Mit Recht wandten sich daher die anwesenden Gewerkschaftsvertreter gegen diese Grundfäße der Resolution, die der Vertreter der Generalkommission als nachteilig für das Zusammenwirken von Genossenschaften und Gewerkschaften und besonders nachteilig für die Genossenschaften selbst bezeichnet.“ Durch Referat und Resolution werde ein „krasser und typischer Unternehmerstandpunkt vertreten“.

Es handelt sich nach alledem um Gegensätze ersterer Art, und es ist noch gar nicht abzusehen, in welcher Weise sie in der Zukunft nicht nur das Verhältnis der Konsumvereine zu den Gewerkschaften beeinflussen werden, sondern das zur modernen Arbeiterbewegung überhaupt. Von der Parteipresse sind, soweit zu übersehen, bisher nur der „Stettiner Volksbote“ und das Bochumer Blatt auf Seite des Genossenschaftstags getreten. In der „Neuen Zeit“ nimmt H. Fleißner ausführlich Stellung zur Sache. Im „Genossenschafts-Pionier“, dem Berliner Konsumvereinsblatt, bricht pz. eine Lanze für den Genossenschaftstag. Wie uns scheinen will, nicht mit zu viel Sachkenntnis und Sachlichkeit spricht er von „Artikelbandwürmern“ der Kritiker des Genossenschaftstagsbeschlusses.

Auch die Gegner bemächtigen sich bereits des Konfliktes. Der „Detailist“, ein rheinisch-westfälisches Krämerblatt, schrieb, man müsse sich den Beschluß des Düffeldorfer Kongresses gut merken, da die privaten Unternehmer mit denselben Gründen Arbeiterforderungen ablehnen könnten.

Der Terrorismus der Behörden gegen die Konsumvereine geht weiter. Vor einiger Zeit hat die Eisenbahnbetriebsinspektion Sagan den Kriegspfad betreten. Der Konsumverein in Sorau, dem auch viele Eisenbahner angehören, hatte es ihr angetan. Sie veranlaßte den Austritt der Eisenbahner aus der Organisation und zwar auf eine Denunziation des kaufmännischen Vereins hin, die obendrein unwahre Tatsachen enthielt. Wie der Konsumverein mitteilt, erhielt er von der Betriebsinspektion (!) 74 mit der Schreibmaschine hergestellte Kündigungsbriefe. Die Eisenbahner sind also ganz offensichtlich von ihrem Arbeitgeber, dem Staatsfiskus, aus dem Konsumverein hinausgemahnt und somit um ein gutes staatsbürgerliches Recht gebracht worden. Es muß recht schlimm um den Staat stehen, der eine Gefahr für sich in den Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln erblickt, welche von Konsumvereinen besorgt werden. Wenn dieser selbe Staat dann wenigstens seine Arbeiter so bezahlt, daß sie den Konsumverein zur Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht brauchen! Das ist jedoch bekanntlich nicht der Fall. Um so verwerflicher ist der geübte Terrorismus, der sich sogar auf die Frauen der Eisenbahner erstreckt! H. Fl.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Organisation der Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen von Hamburg und Umgegend hielt am 11. Juli eine Mitgliederversammlung ab. Die Kassiererin des Vereins erstattete den Kassenbericht für das letzte Quartal, nach welchem die Einnahmen 1439,34 M. betragen, die Ausgaben 971,72 M. Ein junges Mitglied referierte über „die Stellung der organisierten Mädchen zum Weihnachtsgeschenk“. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Die Vorsitzende teilte mit, daß die nächste Mitgliederversammlung am 8. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause stattfinden wird. Sieben neue Mitglieder wurden aufgenommen. Verta Mangels.

Der Gründung eines Fachvereins der Dienstboten in Budapest wurde vom Minister des Innern die Genehmigung verweigert. Heiter ist die zum Verbot gegebene Begründung. Das hohe Ministerium ist der Ansicht, daß Dienstboten — Familienmitglieder sind, und daß der Fachverein das patriarchalische Verhältnis zwischen ihnen und den Herrschaften zerstören könne. Wie würde es dem Minister und anderen Herrschaften schmecken, wenn ihre Dienstboten unter Berufung auf die amtliche Begründung alle Rechte von Familiengliedern beanspruchen würden, das Erbrecht inbegriffen? Merkwürdig, daß die „besseren Leute“ sich der Familienmitgliedschaft der Dienstboten erinnern, wenn es diese auszunutzen und in Unterwerfung zu halten gilt. Merkwürdig das? Nein, nur natürlich!

Forderungen der dänischen Dienstmädchen. Auf dem letzten in Kopenhagen abgehaltenen Kongreß der organisierten Dienstmädchen Dänemarks, der mit 15 Delegierten besetzt war, wurden verschiedene beachtenswerte Forderungen aufgestellt beziehungsweise neu erhoben. Zum wichtigsten Punkt der Tagesordnung die Abendarbeit der Dienstmädchen, führte die Verbandsvorsitzende Marie Christensen aus, daß der vom Stellennachweisbureau herausgegebene Kontrakt, der die Herrschaft verpflichtet, den Mädchen abends von 7 Uhr ab, sowie jeden Sonntagnachmittag von 2 Uhr ab freizugeben, in diesen Fällen nicht eingehalten würde.

Aus diesem Grunde beschloß der Kongreß, die Vorstände der Ortsvereine zur strikten Beachtung dieser Angelegenheit und zur Berichterstattung darüber im Verbandsorgan aufzufordern. Ferner wurde beschlossen, außer der vorhin genannten Freiheit einen freien Nachmittag jeden Mittwoch von 3 Uhr ab zu fordern.

Gegen das dänische Gesindegesetz und besonders gegen die Bestimmung, daß jedes Dienstmädchen ein Zeugnisbuch haben soll, nahm der Kongreß Stellung. Es wurde beschlossen, daß im ganzen Lande Protestversammlungen stattfinden sollen, falls die Reichstagskommission, die sich mit dem Dienstbotengesetz befaßt, etwa ein Ausnahmegesetz für die Dienstboten beschließen sollte.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Moderne Sklavinnen am Pranger. Ein empörendes Vorkommnis hat in letzter Zeit wieder einmal in drastischer Weise dargetan, welche unwürdige Stellung die weiblichen kaufmännischen Angestellten in den großen kapitalistischen Betrieben einnehmen. Der erste Direktor des Frankfurter Grand Bazar ließ sämtliche 300 Verkäuferinnen beim Verlassen des Geschäftes einer Reibrevision unterziehen. In Gegenwart des Portiers mußten sich die Mädchen bis auf Hemd untersuchen lassen. Gefunden wurde bei keiner einzigen irgend ein Gegenstand, der Eigentum des Geschäftes gewesen wäre. Von den so gröblich Inultierten wagte es keine, energisch gegen die entwürdigende Behandlung zu protestieren, — wohl aus Furcht vor einer eventuellen Kündigung. Den meisten wird das standalöse Vorkommnis eine Warnung und ein Fingerzeig sein, sich nunmehr durch Anschluß an den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen zu organisieren. Sie werden einsehen, daß die Handlungsgehilfinnen eben auch nur Arbeiterinnen sind, denen ihr Standesdünkel bloß schaden kann. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß es die Direktion nicht gewagt haben würde, gewerkschaftlich organisierten Angestellten in dieser alle Menschenwürde unter die Füße tretenden Weise an den Pranger zu stellen! — Der Staatsanwalt, der alle von der Notwehr diktierten Abwehrmaßnahmen der Arbeiter aufs peinlichste überwacht, hat von dieser Unternehmervillwäre, die eine offenbare Rötigung und Freiheitsberaubung darstellt, anscheinend nichts vernommen.

Frauenstimmrecht.

Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in Schweden. In diesem Jahre ist von seiten der sozialdemokratischen Fraktion des schwedischen Parlaments ein Antrag eingebracht worden, welcher für das weibliche Geschlecht das aktive und passive Wahlrecht fordert. Zur Begründung der Forderung heißt es unter anderem: „Die Gesellschaft braucht nicht nur die Stimmen der Frauen, damit diese jedes dritte Jahr an der Festsetzung der allgemeinen Richtlinien der Politik teilnehmen, sie hat auch tüchtige weibliche Kräfte auf verschiedenen Posten für die verwaltende wie die gesetzgebende Arbeit nötig, wo eine Menge von Unrecht jaft nur deshalb geschah, weil den Frauen die Möglichkeit fehlte, es im Reichstage wirksam zu bekämpfen. Wir sind auch davon überzeugt, daß die ersten Frauen, welche im schwedischen Parlament Platz nehmen werden, die Sache ihres Geschlechtes in solcher Weise zu vertreten wissen, daß noch weit verbreitete Vorurteile gegen die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben baldigst gründlich ausgerottet werden — wenigstens bei allen, mit deren Urteil zu rechnen ist, — und die der öffentlichen Meinung einer nahen Zukunft ihre Farbe geben“. Auch von sozialradikaler Seite ist das aktive und passive Frauenwahlrecht gefordert worden. Gelegentlich der Beratungen über die Wahlrechtsreform, die im Mai dieses Jahres ihren Abschluß fanden, wurde beantragt, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen zu gewähren, unter denen die Reform es für die Männer festlegte. Der Antrag wurde in der Zweiten Kammer mit 91 gegen 133 Stimmen abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion — 15 Mann stark — hatte geschlossen dafür gestimmt, so daß also eine beträchtliche Anzahl bürgerlicher Abgeordneter für den Antrag gewesen waren, was keine verblüffende Tat der Tugend ist: es handelte sich nämlich um ein beschränktes Frauenwahlrecht. Die schwedischen Frauen entfalten eine rührige Agitation für ihre politische Gleichberechtigung. Ihre letzte Petition darum im Jahre 1906 trug 142.000 Unterschriften.

Soziale Gesetzgebung.

Eine Gesetzesvorlage über den Zehnstundentag und die Nachtruhe der Arbeiterinnen wird den Reichstag endlich in seiner nächsten Session beschäftigen. Die Regierung hat bekanntlich unter reichlichster Mitschuld der bürgerlichen Parteien die gesetzliche Einführung des Zehnstundentags so lange hinausgezögelt, daß die Mehrzahl der gesetzlich geschützten Arbeiterinnen den Zehnstundentag und kürzere Arbeitszeit dank der Gewerkschaftsorganisation bereits errungen haben. Und daß diese Regierung und diese Parteien seither besser geworden seien, können nur Blinde und Taube behaupten, welche die Zeichen der Zeit nicht wahrnehmen. Es ist daher zehn gegen eins zu wetten, daß die späte und schwächliche Reform durch die weitherzigsten Ausnahmegestimmungen zu Ruh und Frommen des Unternehmertums verzunzt sein wird. Rufen daher die Genossinnen rechtzeitig, um die Arbeiterinnen zur Belandung ihrer Forderungen aufzurufen. Der Druck der proletarischen Massen außerhalb des Reichstags muß dem Reformfeind und dem Reformverständnis der herrschenden Gewalten auf die Beine helfen.

Es ist ein Blutstrom ausgegossen.

Von Leon Dolff.

Es ist ein Blutstrom ausgegossen,
Der rauscht hinab ins tiefste Tal,
Daß aller Armut Lastgenossen
Erschauend stehn in seinem Strahl.

Ein Leuchten wie von tausend Ärzten
Bricht in die Nacht der Not hinein,
Und qualbestäubte Sklavenherzen
Durchzuckt die Sehnsucht, Mensch zu sein.

Ein neuer Helland ist gekommen,
Doch bangt er nicht in blassem Schmerz,
Er trägt zum Trauen aller Frommen
Ein rotes Proletarierherz:

Seht, wie es blutend zuckt, ihr Brüder,
Die Wunden heilt kein reiner Tor;
Kein Gott steigt aus dem Himmel nieder,
Doch aus dem Volk steigt er empor!

Hell glüht das Herz in seinen Händen,
Und wie er's leuchtend niederhält,
Entströmt's ihm wie von Flammenbränden
Und lodert durch die ganze Welt.

Es ist ein Blutstrom ausgegossen,
Der rauscht hinab ins tiefste Tal,
Daß aller Armut Lastgenossen
Beseligt stehn in seinem Strahl.

Trine.

Von Otto Krille.

Das Stück Poet in mir freute sich stets, wenn ich die Alte sah. Ihr scharfgeschnittenes Gesicht mit der gebogenen Nase und den hundert Falten und Fältchen war rötlich angehaucht und ein Paar kleine graue Augen blitzten seelenvergnügt in die Welt. Das grauweisse Haar verlieh dem Gesicht einen ehrwürdigen Anblick, aber in Trines Kleidern lagerte stets ein penetranter Branntweingeruch. Das gab ihrer Person etwas Zwiespältiges. Sie gehörte zu jenen Gestalten der unteren Volksklasse, bei denen alles Glend, aller Schmutz den ursprünglichen Adel der Erscheinung nie ganz verwischen kann.

Mutter Trine lebte meist in der Kneipe, wo sie durch ihre derben und vielfach zotigen Witze den Mittelpunkt bildete. Sie besaß eine stoische Ruhe gegenüber allen Anpassungen der Gäste, am unerschütterlichsten war diese aber beim — Trinken. Sobald ein Gläschen geleert war, stülpte Trine es um mit den Worten:

Dem Gläschen ist sein Recht geschehn,
Was oben ist, muß unten stehn.

Wehe aber, wenn ein Kühner sich vom Übermut reizen ließ, ihr das Gläschen zu verstopfen oder das fast bis zu den Schuhen reichende Umschlagetuch am Stuhle festzubinden. Dann erwachte in ihr der Rest weiblicher Energie, und wenn auch nicht vor ihren Fäusten, vor ihrer Junge nahm er sicher verduht Reißaus. So herrschte in der Kneipe um Mutter Trine eine Atmosphäre, gemischt aus Respekt und behaglich schmaßendem Zynismus.

Eines Vormittags sah ich Trine auf der Straße. Sie hatte offenbar an dem Tage noch keinen Tropfen genossen, denn sie ging ruhig und mit einem merkwürdig ernsten Gesicht. Hintendrin liefen sechs Jungen. Sie stießen sich gegenseitig, so daß bald der eine, bald der andere Trine anrennpeelte. Da sie indes nicht darauf reagierte, wurden die Rangen frecher, bis ein Dreiläsehoch, von den älteren mutig gemacht, sie am Arme packte und ihr zurief: „Mutter Trine, gib mir 'nen Kuß! Brrrr!“ Dabei schüttelte er sich, als ob er ihn schon hätte. Die übrigen Jungen begleiteten seine unnachahmlichen Gesten mit höhnischem Gelächter. Da riß Trine der Geduldsfaden. „Du Roglummel!“ Hochrot vor Zorn rann sie hinter den flüchtenden Kindern her.

Es hatte geregnet, der Asphalt war glitschig — ein Schwanken, ein Aufklatschen und Mutter Trine lag im Rinnstein, beschmutzt mit Straßenschlamm.

Lobendes Gelächter. Die Kinder tanzten vor Freude um die schimpfende und fluchende Trine. — Kinder haben einen offenen Sinn für die Lächerlichkeiten des Lebens, ohne ihre Tragik zu ahnen. Glückliche Kindheit! — Aber auch Straßenpassanten blieben stehen und lachten. Nachdem Trine auf die Beine gekommen war, schwankte sie der nächsten Destille zu, verfolgt von dem Kinderdickwalm, der sich erst zerstreute, als die schmutzige Gestalt schon geraume Zeit in dem Kellerloch verschwunden war.

Dort unten saß sie in einer Ecke beim Glase Schnaps und — weinte. Der Wirt sagte gutmütig: „Na, Trine, dir ist ja heute aller Humor ausgegangen!“

Aus einer Ecke aber schallte es brutal: „Ach, laß sie man jehn, die hat heute schon zu velle jesoffen!“

Von einem Maurer aus ihrer Nachbarschaft habe ich später ihre Geschichte gehört. Sie war nicht interessanter und bewegter als die mancher Arbeiterfrau, aber gerade

darum will ich sie noch erzählen, denn das Alltägliche kennen wir oft weniger als das Außerordentliche.

Trine war als Mädchen heiter, kräftig und lebenslustig, deshalb wohl hatte sie schon mit zwanzig Jahren einen Mann. Und der Mann war gut und liebevoll. Sein zur Schwermut geneigtes Temperament hatte in Trines Lebensfreude eine glückliche Ergänzung gefunden. Im Laufe der Jahre stellte sich jedoch bei ihm ein Brustleiden ein, das sich allmählich zur Schwindsucht ausbreitete. Da begann Trines stilles Heldentum. Sie schaffte für zwei, pflegte den kranken Mann während seines Siechtums, das volle fünf Jahre dauerte, und zog die einzige Tochter in eigenen Entbehrungen groß. Als der Tod die gern getragene Bürde von Trines Schultern nahm, begann die Tochter zu kränkeln. Sie kränkelte nur zwei Jahre. Aber Trine konnte nicht allein sein, und nur sich selbst zu ernähren, machte ihr keinen Spaß. Sie heiratete einen Witwer mit fünf Kindern, die alle noch der mütterlichen Hand bedurften. Von neuem erschloß sich Trines reiches Herz. Die Kinder wurden groß und lebensfroh. Da verunglückte ihr Schicksalsgefährte; er war Zimmermann. Er starb nicht, blieb aber lahm und fast unfähig zum Erwerben. Das verbitterte den vormals so kräftigen Mann, und Trine hatte unter seinem ewigen Anmut zu leiden. Aber sie arbeitete und war dabei immer noch heiter, bis der Selbstmord des Mannes ihre Ehe löste.

Ich sagte vorhin schon, die Geschichte sei alltäglich. Das ist sie, aber unter dieser Alltäglichkeit breitet sich der Strom eines mühevollen, segensreichen Wirkens aus, dem man gern ein blumiges Ufer gewünscht hätte. Im Lande der Armut blüht die blaue Blume des Glückes selten, ach, so selten. Da ist der Lohn der treu erfüllten Daseinspflicht, wenn es hoch kommt, der Spittel.

Als Trine niemand mehr hatte, den sie lieben und für den sie schaffen konnte, kam sie zum — Schnaps.

Ich habe sie nie wiedergesehen, aber so oft ich mich ihrer erinnerte, drängte sich mir die Frage auf, mit welcher ungeheurer Kraft sich die Natur wohl im Menschengeschlecht offenbare, wenn in einem schlichten, unbeachteten Weibe sie in solcher Fülle wohnt? Oder ob ein vorforgendes Geschick gerade das oft beschimpfte „niedere“ Volk mit größerer Lebensenergie ausgestattet habe, da es so unendlich viel leiden muß?

Und doch das Ende — Kinderespött?!

Später habe ich erfahren, daß der Widerstand des Lebens auch den Mut der Persönlichkeit steigert. Und wenn ich einmal nachdenke, ob die Kraft der Vielen ausreichen wird, die eiserne Herrschaft der Wenigen zu brechen, erscheint auch Mutter Trine in meinem Gedächtnis.

Bergpsalm.

Von E. zu Schönau-Carolath.

Ein Schneeberg ragt ins heiße Land,
Der seine Schroffen leuchtend zückt,
Tief unten wogt im Sonnenbrand
Die Fläche goldschwer, halmerdrückt.

Dort haften Menschen, ohne Ruhn,
Der Scholle nah, der Fron gewöhnt,
Nach Gut und Geld in hartem Tun.
Die Sichel klingt, die Kelter dröhnt.

Doch mahnend rauscht vom Berg ein Duft,
Der kühl das Haar des Schnitters wirrt,
Und leise durch die Flimmerluft
Ein Ahnen ew'ger Ernten irt.

So sendet weltfern der Poet
Zum Volke, das in heißem Streit
Arm und gebückt am Pfluge geht,
Die Botschaft großer Feiertage.

Das Zwischenspiel.

Von A. A.

„Bureau von Bergheimer & Co.“ So stand es auf dem gelben, blanken Schilde neben der Haustür. Aber so blank war das Bureau nicht; da waren nur zwei Fenster mit grünen, leinernen Vorhängen, und man brauchte früh Licht. Hans Raff hatte zu bestimmen, wann das Licht angezündet werden sollte, und Hermann Schneller mußte die Gaslampen anzünden, zuerst natürlich bei Hans Raff, denn der war Prokurist und schon lange im Geschäft. Sein Stuhl war ganz blank und die Leiste an seinem Pulte auch. Dann kam der Fakturist, der schrieb die Rechnungen und sah blaß aus; gern blickte er nach dem grünen Dreieck zwischen den Straßen. Er kam still und ging still, und überall, wohin er ging, war es, als ob Traurigkeit mitkäme und früher Tod. Hermann Schneller war erst ein Jahr im Geschäft. Er war ein Sohn vom Leberhändler Otto Schneller aus der Viktorienstraße und sollte Ordnung und Arbeit lernen. Meist war er eifrig, manchmal aber auch ein bißchen über-

müdig, und dann warf er mit Papierkugeln nach Hedwig Senders, die im dunkelsten Eckchen an der Schreibmaschine saß. Hedwig Senders war auch fleißig; manchmal legte sie den Kopf auf die Seite und hörte ihr junges Blut in den Schläfen pochen.

Bergheimer selbst kam wenig und wohnte im ersten Stode. Wozu sollte er auch kommen? Der Prokurist besorgte ja alles so gut. Aberhaupt — ein gescheiter Mann, der Prokurist! Der hätte es zu was bringen können, wenn er mehr Geld gehabt hätte; aber man mußte klug sein und wenig Gehalt geben. So konnte Bergheimer ruhig in seiner Stube sitzen. Er las die Börsenzeitung und freute sich, wie die Wertpapiere stiegen und fielen. Sofie Vogel, das Dienstmädchen, bekam einmal so eine Zeitung und sollte sie in den Küchenschrank legen. Sie sah die vielen Namen und Zahlen und fragte die Frau, was das wäre.

Das wären Geldscheine, die jeden Tag ein bißchen teurer oder billiger würden.

Ob denn Herr Bergheimer auch solche Scheine hätte? Da lächelte die Frau und sagte: „Nun leg die Zeitungen in den Schrank.“

Wenn Sofie Vogel die Tassen aus dem Schranke holte, für sich die mit dem abgesprungenen Ohr und für die Herrschaft die mit dem Goldrand, dann dachte sie an die vielen Zahlen und wunderte sich, wieviel Geld es in der Welt gab. Und sie hatte nur 120 M. auf der Sparkasse.

Bergheimer war ein guter Mann, viel zu gut; das sagte er selbst, und sagte es Hedwig Senders heute, denn sie bekam vierzehn Tage Ferien und durfte am Sommerabend reifen.

Hedwig Senders ging zu ihren Pflegeeltern, die in einem kleinen, alten Hause auf dem Lande wohnten und so alt waren wie das Häuschen selbst. Sie waren stille Leute und hießen auch Senders.

Hedwig stellte den braunen Koffer auf zwei Stühle und packte ihn aus. Sie legte die Kleider aufs Bett und zupfte an ihnen, besonders an dem weißen; ab und zu sah sie durch das kleine Fenster auf die weiten Wiesen und das gelbe Korn. Wie still das war, und wie weit die Stadt. Da waren die blanken Schienen, dort fuhr ein Zug durch Wiesen und Gärten nach der Stadt. Der weiße Rauch lief in die Bäume. Daß es Menschen gab, die zur Stadt fuhr!

Tante hatte den Tisch gedeckt und sah durchs Fenster Heinrich Giese, den Schwesterjohn, von der Bahn kommen. Der wollte über den Berg nach Hause gehen. Sie rief ihm zu und mußte mit ihrer schwachen Stimme zweimal rufen. Dann sah Heinrich Giese mit am Tische, aß und erzählte, daß er für zwei Tage nach Hause ginge und daß es viel Arbeit gebe bei der Post, bei der er angestellt war. Er erzählte von seiner Arbeit und daß Mutter sich freuen würde, wenn er jetzt käme; auch daß er ihr und den kleinen Geschwistern helfen müsse. Hedwig sprach ebenfalls und wunderte sich, daß sie so mit einem Manne reden durfte; zuletzt sprachen die jungen Leute allein. Heinrich Giese eilte heimwärts, und Hedwig ging mit ihm bis an den Wald. Hedwig mit Heinrich Giese, die scheue Hedwig! Treßheim, der alte Lehrer Hedwigs, kam vom Walde. Er trat vom Pfade in die Wiese und gab Hedwig die Hand; offenbar freute er sich über die jungen Menschen.

Die plauderten zuerst eifrig miteinander und sprachen, als ob sie sich schon lange kannten. Zuletzt wurden sie jedoch stille; sie kamen an den Wald. Der weiche Sommerwind spielte um sie, griff sie und bog ihre Köpfe zueinander zum Kusse. Sie wußten nicht, wie das gekommen war, und nannten sich „du“. Sie gaben sich liebe, närrische Namen und sprachen tiefe und törichte Dinge. Wie weich und lieb konnte die stolze Hedwig sein.

Die Liebenden kamen auf die Höhe und nahmen Abschied. „Du schreibst doch, Heinrich, gelt, du — ach du“ — sie hielt ihn, strich über sein schlichtes Haar, griff nach seinen Händen und war noch ein wenig lieb zu ihm, bevor sie zurückging.

Nun war Hedwig Senders wieder in der Stadt und saß an der Schreibmaschine. War das Bureau nicht heller geworden? Was war doch der Fakturist für ein trauriger Mensch. Ob ihn wohl jemand lieb hatte? Aber da lag viel Arbeit von den Ferien her, und sie klapperte lustig mit der Schreibmaschine. Sie freute sich auf einen lieben Brief von Heinrich Giese, einen Brief auf rosenrotem Papier, ganz anders wie die dummen Geschäftsbriefe da.

Abends saß sie zu Hause, las die Briefe und las sie immer wieder. Alle wußte sie auswendig. Und es war viel Wald und Sonnenschein in ihnen. Manchmal öffnete sie die Schublade und freute sich an dem Kleide, in dem er sie gesehen hatte. Dann saß sie zärtlich die blauen Bänder an und sumimte:

„Wart noch ein Weilchen, ja warte. . .“